# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller (einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang | Donnerstag, 21. Juni 1934 | Nr. 143


## Barthou unbedingter Revisionsgegner

Bukarest, 20. Juni. Der französische Außenminister Barthou gab den Sonderkorrespondenten der rumänischen Zeitungen, die ihm an die Grenze entgegengefahren waren, u. a. folgende Erklärung ab:

**Wir haben das gleiche Ideal: Sie und wir wollten unseren Ländern die Provinzen wiedergeben, die uns gehört haben. Das war das Grundgesetz der Verträge, die wir unterzeichnet haben. Sie und wir haben erhalten, was uns gehört hat, die Gerechtigkeit hat gesiegt. Die von dieser Gerechtigkeit errungenen Siege sind von jener Art, auf die man nicht verzichtet. Eine Revision aber ist ein Verzicht. Die Unverletzbarkeit und die Achtung der Verträge stellt für Rumänien und für Frankreich ein gemeinsames Gesetz dar. Haben Sie Vertrauen zu uns!**

## Was er Dollfuß eingeschärft hat:

Uebergehend auf seine gestrige Begegnung mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß, sagte Barthou:

Wenn ich gestern die Gelegenheit hatte, den österreichischen Bundeskanzler zu treffen, so geschah das, um ihm Frankreichs treues Festhalten an der Unabhängigkeit Oesterreichs nachdrücklich zum Ausdrucke zu bringen. Ich habe ihm wiederholt, daß die von England, Italien und Frankreich garantierte Unabhängigkeit Oesterreichs eine der wesentlichsten Bedingungen der europäischen Ordnung ist.

## Fingiertes Attentat auf Hitler?

**Eine englische Sensationsmeldung.**

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald" meldet seinem Blatte aus Berlin, daß in diesen Tagen eine „zuverlässige und nüchterne Persönlichkeit" bei ihm erschienen sei und ihm mitgeteilt habe, die SS plane ein Scheinattentat auf Adolf Hitler. Der Plan sei bereits in allen Einzelheiten ausgearbeitet: auch der angebliche Täter, — ein Jude, der nachher auf der Flucht erschossen werden solle, — sei schon bestimmt. Der Korrespondent des „Daily Herald" (der den Bericht auf der ersten Seite veröffentlicht), sieht voraus, daß viele Leser die Meldung für phantastisch halten werden. Aber in Deutschland, erklärte er, sei jetzt alles phantastisch. Schon vor einem Jahre habe der Oberste SS-Führer Himmler in einer Rede prophezeit, wenn ein Anschlag auf Hitler erfolge, werde unter den deutschen Juden ein Blutbad angerichtet werden. Der Zeitpunkt für ein solches Ablenkungsmanöver der enttäuschten Massen erscheine den Nazi-Führern nun gekommen. Der englische Korrespondent gibt aber der Hoffnung Ausdruck, daß der abenteuerliche und abscheuliche Plan (der große Aehnlichkeit mit der Brandstiftung im Reichstag hat) durch die vorzeitige Enthüllung (die lebhaft an die Oberfohren-Denkschrift erinnert), durchkreuzt werden könne.

## Clearing-Vorlage im Unterhaus

**London, 20. Juni.** Minister für Finanzen Neville Chamberlain hat heute im Unterhause einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Vollmacht zur Errichtung von Clearinganstalten enthielt, welche Abzahlungen auf bestimmte Schulden entgegennehmen, diese Schulden verwalten und berechtigt sein werden, Einschränkungsmaßnahmen gegen die Einfuhr aus bestimmten ausländischen Staaten durchzuführen. Der offenbar gegen Deutschland gerichtete Gesetzentwurf, der die Möglichkeit bieten soll, eventuelle deutsche Exportüberschüsse für die Gläubiger der deutschen Anleihen zu verwenden, wurde in erster Lesung angenommen.

Kommuniquee über die Bukarester Verhandlungen:

# Hoffnung auf Bewahrung des Friedens

### Gegen jedwede Habsburger-Restauration

**Bukarest, 20. Juni. Der Ständige Rat der Kleinen Entente hat heute seine Arbeit beendet. Die Minister Dr. Beneš, Dr. Jevtić und Titulescu empfingen die Pressevertreter, denen Minister Titulescu als Sprecher des Ständigen Rates folgendes Kommuniquee über das Ergebnis der Beratungen verlas:**

**„Die drei Minister für auswärtige Angelegenheiten der Staaten der Kleinen Entente haben die allgemeine politische Lage sehr gründlich geprüft. Sie haben sich nicht verheimlicht, daß diese Lage gewisse beunruhigende Anzeichen enthält, die allen Regierungen, denen an der Wahrung des Friedens gelegen ist, Wachsamkeit und Vorsicht auferlegen. Sie haben auch konstatiert, daß gewisse beruhigende Elemente vorhanden sind, die, wenn sie gepflegt und gestärkt werden, Europa eine gemeinsame und ausdauernde Arbeit ermöglichen werden, daß es aus der politischen Krise herauskomme, die heute auf ihm lastet.**

**Die dauernden Schwierigkeiten, denen bisher die Bestrebungen um den Abschluß eines allgemeinen Abkommens betreffend Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen begegnen, die von einigen Staaten ausgehenden Bestrebungen nach Revision der Friedensverträge, die Gefahr, daß sich Europa in konkurrierende Blocks aufteilen wird, die Unabwendbarkeit der Finanz- und Wirtschaftskrise und die Unbeständigkeit der politischen Verhältnisse sowohl in Europa als auch außerhalb desselben wecken die Befürchtung, daß der Friede bedroht ist.**

**Andererseits gewähren die aufrichtigen und fruchtbaren, von Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten in der letzten Zeit in Genf unternommenen Bemühungen, das Mißlingen der Abrüstungskonferenz zu verhüten, der energische Kampf, daß an die erste Stelle des politischen Strebens die Sicherheit gestellt werde, die Gruppierung von Staaten zur Wahrung des Friedens, die bereits geschaffen oder soeben in Bildung begriffen ist, und schließlich die unseligen sozialen Folgen, die ganz bestimmt in den Staaten eintreten würden, die die Verantwortung für einen Angriff auf sich nehmen würden, die Hoffnung, daß die Bemühungen um die Wahrung des Friedens schließlich obsiegen werden.**

**Die Kleine Entente, ihrer traditionellen Politik und den Grundsätzen treu, die die Grundlage ihres Organisationsstatuts bilden, setzte die Richtlinien ihres Vorgehens im Einklang mit den Interessen der Staaten, die ihre Mitglieder sind, und mit den allgemeinen Interessen fest. Infolgedessen traf der Ständige Rat der Kleinen Entente alle notwendigen Entscheidungen, um der Lage begegnen zu können. In den vom 18. bis 20. Juni in Bukarest stattgefundenen vier Sitzungen beschloß der Ständige Rat der Kleinen Entente u. a.:**

**1. Alle Anstrengungen zu machen, damit die Abrüstungskonferenz mit einem Abkommen ende, das allseits befriedigt:**

**2. Mit allen seinen Kräften die Organisierung der Sicherheit zu unterstützen und sich an den Regionalabkommen über gegenseitige Hilfeleistung, über die jetzt verhandelt wird, zu beteiligen;**

**3. an der wirtschaftlichen Gesundung Europas im Einvernehmen mit allen interessierten Staaten mitzuarbeiten.**

Einige offizielle ungarische Erklärungen erwecken zum großen Bedauern des Ständigen Rates der Kleinen Entente den Eindruck, daß sich Ungarn von einer solchen Mitarbeit selbst ausschließen will:

**4. Seine Entschließung neuerlich zu wiederholen und zu bekräftigen, daß er sich durch geeignete Maßnahmen der Rückkehr der Habsburger widersetzen wird, in welcher Form immer sie durchgeführt werden würde;**

5. die besten Beziehungen zu allen Staaten, insbesondere zu den Nachbarstaaten und zu Polen, zu erhalten und zu entfalten;

**6. mit Befriedigung zur Kenntnis zu nehmen, daß in Uebereinstimmung mit den Agramer Entschließungen und mit Rücksicht auf die Mitarbeit an der Wahrung des Friedens die normalen diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion, Rumänien und der Tschechoslowakei wieder aufgenommen wurden;**

7. die Versicherung über die vorbehaltlose Durchführung des Balkan-Paktes seitens aller Vertragsstaaten und die

am 16. Juni 1934 von Rumänien und Jugoslawien durchgeführte Ratifizierung dieses Paktes mit Befriedigung zur Kenntnis zu nehmen;

8. die vom Wirtschaftsrat der Kleinen Entente in seiner Bukarester Tagung getroffenen Entschließungen zu ratifizieren und sie den betreffenden Regierungen zur Genehmigung zu unterbreiten;

9. seine Sympathie mit dem auf Anregung der argentinischen Regierung abgeschlossenen Vertrag, dem am 10. Oktober 1933 in Rio de Janeiro unterzeichneten südamerikanischen Vertrag, bezüglich dessen der Ständige Rat beschlossen hat, ihn einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, auszusprechen;

10. im Monat September d. J. in Genf wieder zusammenzutreten.

## Triumphaler Empfang Barthous

Nach einer triumphalen Fahrt von der rumänischen Grenze durch ganz Transsylvanien traf Barthou heute um 7 Uhr abends in Bukarest ein. Er wurde von den Ministern Titulescu, Dr. Beneš und Dr. Jevtić, den Mitgliedern der rumänischen Regierung, dem diplomatischen Korps und zahlreichen Würdenträgern erwartet. Der französische Gast wurde auf seinem Wege zum Königspalais von einer ungeheueren Menschenmenge mit einer Begeisterung, die sich zum Jubel steigerte, begrüßt.

# Nur eine Empfehlung zur Frage der 40-Stunden-Woche?

## Die Arbeiter sind angeblich schuld . . .

**Genf, 20. Juni.** Die gemeinsame Entschließung über das Abkommen betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit wurde heute wieder auf Donnerstag vertagt, damit man durch Beratungen der einzelnen Gruppen eine weitere Klärung der Situation herbeiführe. Heute wurde behauptet, daß der Mißerfolg bei der Abstimmung über das Abkommen, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit in der Industrie, hauptsächlich durch die Forderungen der Arbeitergruppe verschuldet (?!) wurde. Insbesondere die Vertreter der englischen Arbeiter hätten darauf beharrt, daß der Schlußtext des Abkommens viel mehr enthalte, als der ursprüngliche Entwurf.

Es wird zwar weiter verhandelt, aber die Hoffnung auf eine Rettung des Abkommens soll heute wieder geringer sein. Man rechnet damit, daß nur eine Empfehlung auf Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich angenommen oder die ganze Angelegenheit den Regierungen der Mitgliedstaaten zur detaillierteren Prüfung zurückgestellt werden wird.

## Um das tägliche Brot!

Die kommende Mißernte wirft bereits ihre Schatten voraus. Das Brotgetreide steigt im Preise. Die Gefahr einer Brotteuerung ist in unmittelbare Nähe gerückt. Mit Unruhe und Besorgnis verfolgt die konsumierende Bevölkerung diese Entwicklung. Die Staatsverwaltung ist vor eine neue und sehr ernste Aufgabe gestellt.

Wir haben einige sehr gute Ernten hinter uns. Die Situation auf den Weltmärkten war bis in die letzte Zeit hinein charakterisiert durch ein gewaltiges Ueberangebot an Lebensmitteln und pflanzlichen Rohstoffen. Ausweitung der Anbauflächen, die verschwenderische Gunst der Natur und der Siegeszug rationellerer Methoden der Bodenbearbeitung häuften in den landwirtschaftlichen Ueberschußländern derartige Ueberschüsse auf, die der Markt nicht aufzunehmen vermochte. Die letzten Jahre standen im Zeichen sinkender Agrarpreise. Aber die Masse der Konsumenten konnte dieses Segens nicht teilhaftig werden, denn durch die industrielle Rationalisierung und durch die Einkommensvernichtung infolge der andauernden Weltkrise war ihre Kaufkraft katastrophal geschwächt worden. In den Ueberseestaaten wurden gigantische Mengen an Weizen, Kaffee, Baumwolle vernichtet, um dem Preisdruck der Ueberproduktion zu begegnen. Die europäischen Bauern gingen dazu über, einen Teil ihrer Getreideernten zu verfüttern, was wiederum das Ueberangebot an tierischen Produkten vergrößerte. Eine Krise des Ueberflusses entstand. Die Massen hungerten bei vollen Scheunen. Der durch den kapitalistischen Wahnwitz gestörte Zirkulationsprozeß verhinderte den Abstrom der Güter zu den Konsumenten.

Nun hat die anhaltende Dürre das Problem mit einem Schlage anders gestellt. Der Ueberfluß droht in Mangel umzuschlagen. Bei den Futtermitteln ist er schon da. Soweit die wichtigsten Nahrungsmittel in Betracht kommen, ist vorläufig — rein volkswirtschaftlich betrachtet — eine tiefere Sorge unbegründet. Ansehnliche Reserven sind vorhanden, bei uns im Staate und in den Ueberschußländern der Welt. Die Spekulation hat freilich ein Interesse daran, eine Psychose des Mangels hervorzurufen und damit umso leichter spekulative Preissteigerungen durchzusetzen. Die Bevölkerung beginnt das bereits unliebsam zu spüren. Hier muß volle Klarheit geschaffen werden. Jede Mißernte hat eine Preisbewegung nach oben im Gefolge. Das ist eine unzertrennliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Ordnung. Soweit die Regierung in diesen Prozeß eingreifen kann, wird sie aber an dem außerordentlich bedeutsamen Kaufkraftproblem nicht vorbeigehen dürfen. Man muß in dieser Stunde mit allem Ernst und Nachdruck auch den Vertretern der landwirtschaftlichen Interessen die entscheidenden sozialen Tatsachen der Inlandssituation in Erinnerung rufen. Die Arbeiterschaft geht — soweit sie noch beschäftigt ist — mit ausgesprochenen Hungerlöhnen heim. Den Angestellten wurden die Gehälter mehrfach gekürzt. Die große Gruppe der Kurzarbeiter ist schon längst auf einem unmenschlichen Lebensniveau angelangt. Alle diese Schichten wird eine Brotteuerung sehr hart treffen. Wie aber würde sich erst eine größere Teuerung bei den Arbeitslosen auswirken, in den hunderttausenden Familien, die seit Jahr und Tag im vollsten Sinne des Wortes dahinvegetieren? Wie sollen Menschen, die bisher 10 oder 20 Kronen wöchentlich aus der Ernährungsaktion bekamen, wie sollen Familienerhalter mit bereits empfindlich gekürzter Gewerkschaftsunterstützung, wie sollen Kurzarbeiter mit 50 bis 60 Kronen Wochenlohn erhöhte Brot- und Mehlpreise bezahlen können? Hier ist ein Problem aufgerollt, vor dem kein verantwortungsbewußter Politiker die Augen verschließen kann.

Es muß ein Ausweg geschaffen werden. Die vielangefochtene Syndikatsbe-

wirtschaftung des Getreides, hat — und darin äußert sich ihr volkswirtschaftlicher Nutzen — die Möglichkeit eines staatlichen Eingreifens gesichert. Es ist eine Reserve von ungefähr 40.000 Waggon Brotgetreide vorhanden, die im Vorjahre zu Stützungszwecken aufgekauft worden sind. Schon bisher sind aus diesem Vorrate beträchtliche Mengen für eine zusätzliche Brotversorgung der Arbeitslosen entnommen worden, was von einer böswilligen Agitation geflissentlich verschwiegen wird, welche die teilweise Denaturierung von Roggen für Verfütterungszwecke als politisches Argument gegen die Sozialdemokratie ausschroten möchte. Ohne Syndikatspolitik, ohne Stützungsaktionen wären heute die Vorräte ausschließlich in privaten Händen und würden nur zu Spekulationszwecken mißbraucht.

Diese Vorräte sind nun eine wichtige Reserve für die Unterstützung der schwerstbetroffenen Notstandsgebiete. Sie werden auch den Kleinbauern und Landwirten zugute kommen, deren Ernten durch die Dürre vernichtet sind. **Das Stützungsgetreide muß aber auch herangezogen werden, um eine erträgliche Brotversorgung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter sicherzustellen.** Es wäre einfach nicht zu verantworten, wenn der Gewinn aus dieser weisen Vorratspolitik ausschließlich den landwirtschaftlichen Genossenschaften oder dem Fiskus zufiele, oder wenn der gewiß vorhandene bäuerliche Zusatzbedarf an Futtermitteln auf Kosten der jammervollen Ernährung der krisenbetroffenen Bevölkerung herbeigeschafft würde. Wir fordern daher mit allem Nachdruck die Bereitstellung eines genügend großen Quantums von Stützungsgetreide für den Brotbedarf der Arbeitslosen und Kurzarbeiter und zwar zu Einkaufspreisen. Die gespannten sozialen Verhältnisse erfordern es, daß diese Aktion ohne Verzug ins Werk gesetzt werde.

Noch ein Wort über die besonders kritischen Verhältnisse in den vom Industrietod am ärgsten heimgesuchten deutschen Grenzgebiete. Wir wollen mit der Not unserer Menschen nicht lizitieren. Unsere Verantwortung gebietet aber, einmal offen auszusprechen, daß die deutschböhmischen und mährisch-schlesischen Elendsgebiete mindestens dieselbe Aufmerksamkeit maßgebender tschechischer Faktoren verdienen, wie sie in der letzten Zeit den traurigen Zuständen in Karpathorußland zugewendet wurde. Dieser unbeschreibliche und täglich wachsende Notstand ist keine sozialdemokratische Parteiangelegenheit. Er ist eines der brennendsten Staatsprobleme. Und dieses Staatsproblem wird durch kein liebevolles Verständnis für die machtpolitischen Aspirationen der Henlein und Konsorten gelöst werden. Wir haben seinerzeit den Besuch eines maßgebenden Repräsentanten des tschechisch-bürgerlichen Regierungslagers in den deutschböhmischen Krisengebieten angeregt. Dieser Vorschlag bleibt aufrecht. **Es würde sich verlohnen, den wahren Ursachen des latenten Unruhezustandes in den deutschen Notstandsgebieten auf den Grund zu gehen, ehe Zustände eintreten, die wir im Interesse von Staat und Volk vermeiden wollen.**

# Das Steigen der Getreidepreise

## Vollkommen geänderte Lage auf dem Getreidemarkt

Noch vor zwei Monaten, so schreibt das „Právo Lidu" mit Recht, hat niemand erwartet, daß sich die Verhältnisse innerhalb der Landwirtschaft nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland, so radikal verändern werden. Vor zwei Monaten noch war es so, daß Getreide fast unverkäuflich war und daß es Riesenvorräte in den Getreidelagern der Vereinigten Staaten, Kanadas und in den europäischen Häfen gab, denen Verderben drohte. In Argentinien wurde Weizen vernichtet, in den Vereinigten Staaten wurde der Weizen verfüttert oder auf den Feldern verfaulen gelassen. Auch in Rumänien konnte nicht alles Getreide eingelagert werden.

Seit kurzer Zeit aber haben sich die Verhältnisse vollkommen geändert. Die anhaltende Dürre hat insbesondere in den Vereinigten Staaten, Bulgarien und Rumänien die Gefahr einer Mißernte heraufbeschworen. Nur Kanada und Argentinien, Ungarn, Polen und Sowjetrußland werden eine annehmbare Ernte haben. Aber auch die Ueberschüsse aus diesen Ländern werden sehr gering sein und sind schon zum Teil verkauft; Rumänien, Jugoslawien und Magyarien haben sich vertraglich die Abnahme ihres Getreides durch Deutschland, Oesterreich und Italien gesichert — aber es ist die Frage, ob diese Exportländer ihren Verpflichtungen werden nachkommen können.

Unter dem Eindruck der Nachrichten vom Getreidemarkt hat ein rasches Steigen der Preise eingesetzt. Anfang September vergangenen Jahres hat man für Weizen 139 bis 143 Kč, für Korn 77 bis 79 Kč, für Gerste 91 bis 95 Kč, für Hafer 62 bis 65 Kč gezahlt, auf der letzten Prager Börse jedoch für Weizen 170 bis 175 Kč, für Korn 125 bis 130 Kč, für Gerste 127 bis 130 Kč, für Hafer 152 bis 155 Kč gezahlt. Das macht also einen Unterschied aus, der bei Weizen 30 Kč, bei Korn fast 50 Kč, bei Gerste 40 Kč, bei Hafer 90 Kč beträgt. Dabei besteht durchaus die Möglichkeit, daß die Preise noch weiter steigen, so daß der Preis des Weizens bis auf 200 Kč und der Preis des Korns bis auf 150 Kč steigen kann und man die Befürchtung hegen muß, daß eine außerordentliche Teuerung eintritt. Es wird sich dadurch, daß auch bei uns die Ernte viel geringer sein wird, die Notwendigkeit der Einfuhr von Getreide ergeben, welche Menge vom „Právo Lidu" auf 50.000 bis 60.000 Waggon Weizen und 30.000 bis 40.000 Waggons Korn geschätzt wird. Um das Steigen der Preise zu verhindern, wird man nicht nur für die Einfuhr von Getreide sorgen müssen, sondern es wird sich auch die Notwendigkeit einer Zollherabsetzung ergeben.

# Die katastrophale Dürre

## Für die geschädigten Kleinlandwirte

**Prag**, 20. Juni. Der landwirtschaftliche Ausschuß des Abgeordnetenhauses befaßte sich ausführlich mit den katastrophalen Folgen der Dürre. Der agrarische Referent Dubicky beantragte eine Reihe von Maßnahmen zugunsten der geschädigten Landwirte. Die tschechischen Genossen brachten durch Koudelka ebenfalls einen Antrag ein, der auch von unseren Vertretern im Ausschuß unterzeichnet wurde.

In der Debatte wies Genosse Leibl darauf hin, daß für den Viehstand des kleinen Landwirtes der keine Futtermittel auftreiben kann, bereits die größte Gefahr besteht. Die Sicherung entsprechender Mengen Futtermittel ist daher am notwendigsten von allen geplanten Maßnahmen. In erster Linie müssen die am schwersten Betroffenen, die Kleinlandwirte, bei einer staatlichen Hilfsaktion berücksichtigt werden. Es wäre aber keinesfalls gut, die Durchführung der Aktion den einseitig zusammengesetzten Landeskulturräten zu überlassen. Ueberhaupt muß man sich energisch gegen die Bemühungen gewisser Kreise stellen, die Hilfsaktion zur Wahlagitation zu mißbrauchen. Den Geschädigten muß ohne Rücksicht auf die politische Zugehörigkeit Hilfe gebracht werden.

Genosse Leibl polemisierte weiters gegen den südmährischen Agrarier Dr. Hanreich, der sich gegen die zollfreie Einfuhr von Futtermitteln gestellt hatte, und fragte in einer Replik den Landbündler Böhm, ob es richtig sei, daß die Beamten der deutschen Sektion des Landeskulturrates veranlaßt wurden, dem Bund der Landwirte beizutreten. Herr Böhm ist darauf noch die Antwort schuldig.

*

Nach durchgeführter Debatte wurde auf Grund der eingebrachten Anträge eine einheitliche Resolution an das Parlamentsplenum ausgearbeitet. In der nächsten Ausschußsitzung soll ein Referat des Landwirtschaftsministers über die Maßnahmen der Regierung erstattet werden.

**Der Regierungsentwurf über die Gaswirtschaft,** dessen Vorlage an den Senat wir schon gemeldet haben, verfolgt den Zweck, ähnlich wie die Elektrizitätswirtschaft, auch die Gaswirtschaft auf eine feste Grundlage zu stellen. Es handelt sich um die Gaswerke in öffentlichen Händen oder zumindest mit 60prozentiger Beteiligung der öffentlichen Hand, denen ähnlich wie den gemeinnützigen Elektrizitätswerken, gewisse Begünstigungen eingeräumt werden sollen. Diese Begünstigungen sind einerseits rechtlicher Natur (Benützung fremden Grundes und Enteignungsrecht), andererseits finanzieller Natur (Berechtigung zur Beschaffung von Geldmitteln durch Ausgabe von Teilschuldverschreibungen). Die Erteilung dieser Begünstigungen ist jedoch gleichzeitig mit gewissen Verpflichtungen für das betreffende Gaswerk verbunden, die sich auf rationelle Erzeugung und Verteilung des Leuchtgases beziehen. Von dem Gesetz läßt sich nicht nur eine Förderung der Entwicklung der Gaswirtschaft, sondern direkt eine Steigerung der Benützung von Gas auch zu Heizzwecken erwarten. Außerdem wird durch die Errichtung neuer moderner Gasanstalten Arbeit für eine große Anzahl von Arbeitern beschafft werden.

# Belebung des britischen Güterverkehrs

**London**, 20. Juni. Vier der größten britischen Eisenbahngesellschaften weisen in den ersten 23 Wochen dieses Jahres im Güterverkehr einen Einnahmenzuwachs von über zwei Millionen Pfund Sterling gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres aus. Aus diesen Zahlen kann gleichfalls auf eine bedeutende Belebung des Handels in diesem Jahre geschlossen werden.

# Parteiopposition?

Soeben ist in Brünn die zweite Folge einer neuen Zeitschrift erschienen, die sich „Sozialistische Aktion" nennt. Ihre Herausgeber haben in der ersten Nummer erklärt, es sei die Aufgabe der neuen Zeitschrift, der in unserer Partei vorhandenen Opposition eine „einheitliche Ideologie" zu geben, also gewissermaßen die Unzufriedenen um sich zu sammeln und ihnen zu sagen, warum sie unzufrieden sind. In den größeren Städten ist die „Sozialistische Aktion" im Straßenhandel zu haben; kein Kaffeehaus, das die geistigen Bedürfnisse seiner Stammgäste einigermaßen kennt, versäumt es, ihnen die „interessante" Lektüre zu bieten und so flüstert und quatscht es an allen Bierbänken und Kaffeehaustischen. Neben den hämisch grinsenden Henleinleuten sitzen die Christlichsozialen, deren Presse triumphierend über eine „Revolte" in der Sozialdemokratie zu berichten weiß, anderswo stecken Angehörige der sogenannten „Linksrichtung" wispernd die Köpfe zusammen. Kurz: wo immer es Leute gibt, die an der Schwächung der Sozialdemokratie interessiert oder für sie keine Verantwortung zu tragen fähig oder bereit sind, herrscht Geschäftigkeit und Freude. In diesem Konzert, das den Untergang der „marastischen", zersetzten" Sozialdemokratie behandelt, schlägt die kommunistische Presse die Pauke. Jetzt hat sie doch endlich ein Thema, das ihr die Hoffnung gibt, wieder einige Aufmerksamkeit zu erregen und so spart sie denn auch nicht an Druckerschwärze.

Der Parteivorstand hat bereits in einer kurzen Erklärung bekanntgegeben, daß gegen die Herausgeber der „Sozialistischen Aktion" das Ausschlußverfahren eingeleitet wurde. Die jetzt vorliegende zweite Nummer dieser Zeitschrift bestätigt die Richtigkeit dieses Beschlusses, denn sie läßt schon die Marschrichtung dieser „Opposition" erkennen: es ist die innere Zersetzung der Partei, die Lähmung ihrer Kampfkraft, die Zerstörung des Vertrauens der Parteigenossen zueinander. Wir haben darum keine Ursache mehr, die gegen die „Sozialistische Aktion" bisher beobachtete publizistische Zurückhaltung zu üben.

Wer sind die Leute, die es gerade jetzt, da die Einheit und Kampfkraft der Partei notwendiger ist denn je, als zweckmäßig erachten, für die Bereinigung innerparteilicher Fragen — von denen die meisten von ihnen erst konstruiert werden — eine öffentliche Tribüne zu schaffen? Sind es Genossen, die jemals den Mut und den Willen fanden, für ihre angeblichen Forderungen innerhalb der Partei einzutreten? Haben sie jemals auch nur versucht, sich für das jetzt von ihnen beanspruchte Richter- und Führeramt durch Mitarbeit in der Partei zu qualifizieren? Kann man von ihnen voraussetzen, sie hätten sich Verantwortungsgefühl für das Schicksal unserer Bewegung dadurch angeeignet, daß sie die Voraussetzungen unserer Parteiarbeit aus unmittelbarer Anschauung, durch tätige Teilnahme an ihr oder auch nur durch innerparteiliche Diskussionen angeeignet?

Es ist ihnen das Verantwortungsgefühl so fremd wie die Bewegung selbst. Sie sehen die proletarische Welt überhaupt nicht und das allgemeine politische Getriebe, ja selbst die Parteiarbeit höchstens durch die Fenster des Prager oder Brünner Kaffeehauses. Wir wollen davon absehen, daß die Opferwilligkeit eines Hintermannes der „SA" für die sozialistische Bewegung so weit geht, das Mitmarschieren im sozialistischen Maizug mit dem Hinweis auf eine mögliche Schädigung des väterlichen Geschäftes zu verweigern. Es genügt, zu wissen, daß hinter der „Sozialistischen Aktion"

---

40

# Unsere Töchter, die Nazinen

*Roman von* **Hermynia Zur Mühlen**

Ich hielt den Atem an. Kamen sie zu mir herauf, oder nicht? Und wenn jemand kam, was sollte ich tun? Die Tür verschließen, das würde verdächtig aussehen. Auf der Straße schlug ein Hund an. Warum bellte er? Bestimmt kamen fremde Menschen. Ich schlich zum Fenster und sah drei dunkle Gestalten vor dem Haus stehen. Sie sprachen halblaut miteinander. Ich versuchte vergeblich, sie zu erkennen. Warum gingen sie nicht weiter? Ueberlegten sie, ob sie zu mir kommen wollen? Sollte wieder einmal eine Haussuchung vorgenommen werden? Der kalte Schweiß trat mir auf die Stirn, und meine Knie begannen zu zittern. Wenn doch Toni da wäre. Die wüßte sicher einen Rat. Ich kniete vor dem Fensterbrett, um nicht gesehen zu werden. Seppel schnarchte laut, und mir war, als müsse man es bis auf die Straße hinaus hören. Das Fenster konnte ich nicht schließen, das wäre vielleicht den Dreien da unten aufgefallen. Und plötzlich kam mir vor, als sei das Ganze ein böser Traum. Es kann doch nicht sein, daß ich hier um das Leben eines braven Menschen zittern muß, es kann doch nicht sein, daß plötzlich fremde Menschen in meine Wohnung eindringen, sich auf den Schlafenden stürzen, ihn ermorden. Es kann nicht sein — aber es ist ja schon so oft geschehen. Wir sind vogelfrei, wir zählen nicht mehr, wir sind Untermenschen . . . Menschen sind nur jene, die rauben und morden.

Endlich gingen die drei unten auf der Straße auseinander. Jeder in eine andere Richtung. Ich atmete erleichtert auf, trat zu Seppel und rüttelte ihn wach. Es war keine kleine Arbeit. Seine verschwollenen Augen öffneten sich wohl, aber nur für eine Sekunde, dann fielen sie wieder zu und er murmelte wie ein schläfriges Kind:

„Schlafen lassen, bitte, schlafen lassen."

Mit vieler Mühe gelang es mir, ihn vom Sessel zu ziehen und ihn ins Schlafzimmer zu schleppen. Er taumelte wie ein Betrunkener. Ich zog ihn zu meinem Bett; er sank darauf nieder und schlief auch schon wieder ein. Ich kniete neben ihn hin und zog ihm Schuhe und Strümpfe aus. Er hatte sich wundgegangen; wer weiß, woher er kam, wie lange er unterwegs gewesen war. Ich weiß, daß die Unsern oft hinüber ins Bayrische gehen. Was sie dort tun, weiß ich allerdings nicht; meine Toni meint, es sei besser, wenn ich es nicht wisse. Ich wusch dem Seppel die Füße, er merkte es nicht einmal, so fest schlief der arme Kerl. Nachher deckte ich ihn zu und ging in die Küche zurück. Und wieder begann ich zu warten und zu lauschen. Die alte Uhr tickte so unheimlich, als zähle sie mit ihrem müden Schlag die Sekunden, die uns noch zum Leben bleiben. Ich dachte an die Tage zurück, da mein Anton sie mir geschenkt hatte. Wie anders war es damals gewesen. Jetzt ist mein Anton tot, und ich muß mich fast darüber freuen, daß er friedlich in seinem Bett sterben durfte. Was ist das für eine Welt, in der man froh sein muß, wenn ein lieber Mensch sich durch den Tod vor Qualen und Entsetzen gerettet hat? Ja, mein Anton ist tot, aber unsere Toni lebt . . . Ich schauderte zusammen, als mir dieser Gedanke kam: lebt sie denn noch? Sie ist spät nachmittags fortgegangen, und ich weiß nicht, ob ich sie je wiedersehen werde.

Unten auf der Straße schlug von neuem der Hund an. Ich hörte laufende Schritte, ich hörte, wie die Haustür leise geöffnet und geschlossen wurde. Ich schlich zur Küchentür. Die Schritte schienen einen Augenblick zu zögern, dann kamen sie die Treppe herauf, eilig, der Mensch mußte immer einige Stufen auf einmal nehmen. Sie kamen in mein Stockwerk, mir blieb fast das Herz stehen.

Und jetzt, jetzt hielten die Schritte vor meiner Küchentür inne, jetzt pochte es leise an der Tür. Ein Feind, oder einer der unseren? Wenn ich nicht öffne, kann ich einen Menschen ins Verderben stürzen, wenn ich aber öffne, kann es für Seppel den Tod bedeuten.

Ich starrte die Türklinke an. Sie bewegte sich. Sie wurde niedergedrückt. Ich entzündete rasch das Licht und fragte:

„Wer ist da?"

Nun ging die Tür auf, und ein junger Mann in SA-Uniform fiel fast in die Küche. Er war verrauft und hatte an der Stirn eine blutende Wunde.

Wir standen einander gegenüber. Ich hatte nur den einen Gedanken: er darf nicht ins Nebenzimmer. Aber wenn der zweite kommt, wenn das wieder eine Haussuchung ist, was tue ich dann?

Der junge Mann keuchte; er versuchte, etwas zu sagen, aber sein Atem setzte aus. Nun erst sah ich, daß er am ganzen Körper zitterte.

„Was wollen Sie?" fragte ich. „Es war doch erst vor sechs Tagen Haussuchung bei mir. Und es wurde nichts gefunden."

Der junge Mann sank auf den Sessel, auf dem noch vor einer halben Stunde Seppel geschlafen hatte und sagte keuchend:

„Keine Haussuchung . . . Verstecken Sie mich, um Gottes willen, verstecken Sie mich . . ."

Also ein Provokateur. Es war kein Mensch aus unserer Stadt und wohl nicht aus dem Badner Land, denn er sprach mit einem norddeutschen Akzent.

„Gehen Sie heim," sagte ich, so ruhig ich konnte. „Es ist spät. Was wollen Sie von mir?"

Er starrte mich mit weit aufgerissenen Augen an, und nun merkte ich erst, wie jung er war, vielleicht neunzehn Jahre.

„Sie wollen mich verhaften," flüsterte er, noch immer nach Atem ringend.

Ich blickte auf seine Uniform und fragte ungläubig:

„Sie sollen verhaftet werden?"

„Ja, mein Gott, wie soll ich es Ihnen verständlich machen? Ich bin kein Feind, jetzt nicht mehr. Sie haben Flugblätter bei mir gefunden, die Flugblätter der revolutionären SA. Sie haben mich festgenommen. Geschlagen. Aber zwei Kameraden, die mich ins Gefängnis bringen sollten, haben mich laufen lassen. Einer hat mir Ihre Adresse zugeflüstert. Ich kenne mich ja hier nicht aus. Ich bin vor einer Woche aus Berlin gekommen. Und jetzt . . . Ich weiß nicht, wer Sie sind, aber wenn Sie ein wenig Mitleid haben, verstecken Sie mich, ich flehe Sie darum an. Ich weiß doch, wie es einem ergeht, wenn . . ."

Nebenan schlief der Seppel, der seit Wochen gesucht wird, und nun saß hier, nur durch die Tür von ihm getrennt, ein SA-Mann und flehte um Hilfe. Und ich wußte und wußte nicht, ob das Ganze eine Falle war.

„Wissen Sie was," sagte ich, „Ich werde Ihnen die Wunde auswaschen und dann gehen Sie schön nach Hause."

Er blickte mich an, wie ein Wahnsinniger, dann faltete er die Hände wie ein kleines bittendes Kind.

„Ich weiß nicht, ob Sie einen Sohn haben. Vielleicht haben Sie einen und er ist in Gefahr. Um seinetwillen bitte ich Sie . . ."

Wenn ich doch gewußt hätte, ob dieser junge Mensch die Wahrheit sprach. Er bemerkte mein Mißtrauen und sagte verzweifelt:

„Wie kann ich Sie überzeugen?"

Plötzlich schien ihm ein Gedanke zu kommen. Er zog einen Stiefel aus und reichte mir ein beschmutztes verschwitztes Blatt.

Ich las das Flugblatt. Es hätte fast aus einer unserer Geheimdruckereien stammen können.

„Und das haben Sie verteilt?" fragte ich staunend.

(Fortsetzung folgt.)

## Japan will eine stärkere Flotte

**Tokio**, 20. Juni. Der Sprecher der japanischen Admiralität gab Mittwoch die Erklärung ab, daß Japan die Revision des Washingtoner Marineabkommens für unerläßlich halte. Es sei die nationale Ueberzeugung Japans, daß Japan hinreichende Seekräfte haben müsse, um seine nationale Position im Stillen Ozean zu sichern. Es sei aber ein Irrtum, glauben zu wollen, daß die finanziellen Mittel dem japanischen Staate nicht ausreichen würde, die Belastung durch ein Marinewettrüsten auszuhalten.

---

keineswegs etwa jugendliche oder erwachsene Arbeiter stehen, sondern ausschließlich sich sozialistisch nennende Studenten. Es sind Studenten jener Art, denen einmal Viktor Adler gesagt hat, sie könnten der sozialistischen Sache am besten dienen, wenn sie sich auf die Hosen setzten und lernten. Politisierende Literaten, die alle Weisheit mit Löffeln einnahmen und sie in den diversen „Links"-Zeitschriften höhnend über die Sozialdemokraten ausgießen, gibt es für die Bedürfnisse der proletarischen Bewegung mehr als genug. Daß einige sozialistische Studenten das Bedürfnis fühlen, deren Reihen zu verstärken, statt innerhalb der Partei so mitzuarbeiten, wie es mit Recht von jedem Arbeiter-Genossen verlangt wird, stellt ihrer Erkenntnisfähigkeit ein schlechtes Zeugnis aus. Statt den Versuch zu unternehmen, in positiver Arbeit die Partei so zu zimmern, wie sie sie wollen und sich dabei offen mit den Andersdenkenden auf dem Boden unserer Parteidemokratie zu messen, wählen sie den leichteren Weg zum geduldigen Papier, das ihnen dann die Gegner der Partei schmunzelnd ablaufen. Dabei spekulieren sie darauf, daß es, wie in jeder Bewegung, hie und da einen Unzufriedenen, einen durch mannigfache Möglichkeiten verstimmten oder ungeduldigen Genossen gibt; ihnen allen wollen die Hintermänner der „SA" erst eine Ideologie geben, sie wollen sie erst als „Opposition" konstituieren — mit dem Ziel, die Ideologie, die ihr diese intellektuellen Außenseiter der Partei gnädigst kredenzen, zur Parteiideologie schlechtweg zu machen. Wer anderer Meinung ist, der wird als „Würdenträger-Tupus" von eben jenen Leuten abgetan, die immer dort schweigen, wo es zu reden gilt und auch jetzt keineswegs den Mut finden, ihren Namen zu nennen.

Dieses Mangel an Mut, der nur durch den Mangel an Bereitschaft zur Mitarbeit überboten wird, hat in der zweiten Nummer der „SA" einen sozusagen programmatischen Ausdruck gefunden: die Genossen, die von den „offiziellen Parteibürokraten" gefragt werden, ob sie sich mit der Brünner „SA" solidarisieren, sollen nach dem Ratschlag der „Sozialistischen Aktion" auf jeden Fall mit Nein antworten! So soll die junge Generation, auf deren Uebereinstimmung sich die Herausgeber der SA völlig zu Unrecht berufen, zu der gleichen schimpflichen Unwahrhaftigkeit und Feigheit erzogen werden, die jeder einzelne der anonymen Mitarbeiter an den Tag legt — obwohl die Schreiber doch schon an dem Stil zu erkennen sind, den sie an einem auch an innerer und äußerer Wahrhaftigkeit größeren Vorbild geschult haben.

Es handelt sich da um nichts anderes, als um den naiven Versuch, die ungegorenen Ideen einiger intellektueller Besserwisser mit Hilfe einer innerparteilichen Maffia zur Geltung zu bringen. Wer die sudetendeutschen Arbeiter kennt, weiß, daß ein solcher Versuch an ihrer fast sprichwörtlichen Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit scheitern muß. Unsere Genossen haben sich in den innerparteilichen Diskussionen noch nie ein Blatt vor den Mund genommen. Sie sollen es auch nicht und werden es nicht tun. Was an oppositionellen Stimmungen und Meinungen jemals in der Partei vorhanden war, das fand immer ein Forum und kein verantwortungsbewußter Genosse, dessen Ansichten nicht durchdrangen, fand es je für richtig, den Weg in die Oeffentlichkeit zu suchen und hämische Gegner an den innerparteilichen Auseinandersetzungen teilnehmen zu lassen. Jeder, der die Partei und ihre Gegner wirklich kennt, muß es als ein Verbrechen an der Bewegung bezeichnen, unter den Augen der beifallklatschenden, sich eben jetzt zu einem festen faseistischen Block zusammenschließenden Feinde der Sozialdemokratie zur Organisierung einer Partei-Maffia, also zur Organisierung der Heimtücke und des Mißtrauens aufzurufen. Ein solches Beginnen kann, gleichgültig, ob seine Initiatoren in gutem Glauben handeln oder nicht, nur in einer Zersetzung der Partei oder in einer Spaltung enden.

Es kann — aber es wird nicht. Die sudetendeutschen Arbeiter haben sich noch jeden, der sich ihnen werbend nahte, genau angesehen. Sie haben nicht eine Spaltung mitgemacht und die Schlagkraft der Partei unter den größten Opfern und Fährnissen nur zu dem Zwecke bewahrt, jetzt jenen SA-Leuten das Feld zu überlassen, deren einziges Verdienst es ist, an den opfer- und entbehrungsvollen Arbeiten und Kämpfen der letzten Monate nur von dem Diskussionstisch aus teilgenommen zu haben, den sie jetzt in einen Feldherrnhügel umwandeln möchten. Wer in der Partei führen, wer in ihr gelten will, muß sich in ihr arbeitend durchsetzen. Wenn sich einige sozialistische Studenten dazu zu vornehm dünken oder dazu zu bequem sind, so mögen sie zwar für die Herausgabe der SA qualifiziert sein, nicht aber für das Verbleiben in einer Partei, deren Vertrauensleute sie im Schutze der Anonymität beschimpfen.

Sie werden dies nicht allein auf diesem Wege erfahren, sondern von eben jenen sudetendeutschen Arbeitern, deren Treue und Opferbereitschaft es allein zu danken ist, daß wir in diesem Lande noch über eine kampffähige und wahrlich ununterbrochen kämpfende Partei verfügen. Diese sudetendeutschen Arbeiter, weit davon entfernt, ihre mit Liebe und Hingabe betreute Partei mit einer Anstalt des Gehorchens und des Schweigens zu verwechseln, verlangen gerade in dieser ernsten Stunde von jedem Parteimitglied dieselbe Disziplin, die sie selber üben. Wenn einer den Vorzug genießt, Student zu sein, hat er darum noch lange nicht das Recht, sich über diese Disziplin, ja: über das Gebot der Wahrhaftigkeit innerhalb der Partei, also über die primitivste Voraussetzung des gesunden Parteilebens, hinwegzusetzen.

Darüber besteht in der Partei eine solche Einmütigkeit, daß jedem, der es wagt, sie von innen heraus zu zersetzen und zu schwächen, ebenso Hören und Sehen vergehen wird wie den Gegnern, die sie von außen her überwinden wollen. Die gesteigerte soziale Not, vor die unsere Arbeiter in den kommenden Monaten gestellt sein werden, macht die Zusammenfassung aller Kräfte und Energien innerhalb der Partei und deren Einsatz notwendig. Teuerung und Hunger drohen. Da gilt es, die Unzufriedenheit der Massen in die für Sozialisten einzig mögliche Richtung zu lenken: gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem. Mögen sich da ehrgeizige Studenten, deren Hochmut durch keinerlei praktische Erfahrung getrübt ist, eine eigene Kanone kaufen und mit ihr noch so eifrig gegen die Geschlossenheit der Partei schießen: ihre Kraft wird umsonst aufgewendet sein.

Wir erleben in diesen schweren Tagen, daß manch einer unserer Genossen von Kleinmut gepackt wird. Er sieht die Partei in schwerem, zermürbendem Kleinkrieg mit dem Gegner und das ist für seine Ungeduld zu wenig. Wenn er aber glaubt, daß ausgerechnet die „Sozialistische Aktion" der Strohhalm ist, an den er sich klammern soll und kann, so belehrt ihn ein Blick in die bisherigen Ausgaben dieser Zeitschrift, daß er irrt. Das Blatt der Opposition, die sich erst selbst darüber verständigen muß, was sie eigentlich will und bei dieser erbaulichen Tätigkeit von Leuten angeleitet wird, die noch nie zu finden waren, wenn die Partei sie brauchte — ein solches Blatt soll die Bewegung zu neuer Höhe führen? Es soll die Bewegung fähig machen helfen, ihre schweren Gegenwartsaufgaben besser zu erfüllen? Der Fall wäre zum Lachen, wenn er nicht einigermaßen traurig wäre.

Die Partei hat keine Ursache, eine Auseinandersetzung mit den Gedankengängen zu scheuen, die in der „Sozialistischen Aktion" vertreten werden. Noch weniger eine Auseinandersetzung über die entscheidende und von der „Sozialistischen Aktion" bisher nicht einmal angedeutete Frage, wie denn nun eigentlich unsere Kampfsituation und die Lebenssituation unserer sudetendeutschen Arbeiter gebessert werden sollen. Dem Schutze ihrer Freiheit und ihres Lebens gilt die ganze bisherige Arbeit der Partei. Sie kann durch die notwendige und noch nachzuholende Beschäftigung mit den Irrgängern von der „Sozialistischen Aktion" nicht einmal vermindert, geschweige denn unterbrochen werden. Die junge und die alte Generation der Bewegung werden in den kommenden schweren Wochen so zusammenstehen wie bisher. Ihnen ist das Hemd näher als der sehr fleckige Rock einer „Opposition", die mit der Partei der sudetendeutschen Arbeiter experimentieren will, statt in ihr ihre Pflicht zu tun.

---

# Pressenovelle ins Subkomitee

## Malypetr legt die Beweggründe der Regierung dar

## Keine überhastete Durchpeitschung

**Prag, 20. Juni. Im Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses fand heute eine ausführliche Debatte über die Novelle zum Schutzgesetz und zum Pressegesetz statt, in die auch der Ministerpräsident Malypetr und Justizminister Dr. Dérer eingriffen.**

**Nach Abschluß der Generaldebatte, an der sich fast alle Mitglieder des Ausschusses beteiligten, wurde ein Subkomitee eingesetzt, das sich bereits morgen mit der Vorlage befassen wird.**

**Ausdrücklich hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung absolut nicht die Absicht habe, einen Druck in der Richtung einer raschen Erledigung der Vorlage auszuüben. Malypetr sprach im Gegenteil den Wunsch aus, daß Ausschuß, Parlament und Parteien den Entwurf auf das gründlichste durchberaten, um ihn, ohne durch Zeitmangel gehindert zu sein, reiflich erwägen zu können.**

### Ministerpräsident Malypetr

**begründete die Vorlage u. a. mit gewissen Auswüchsen in unserer Journalistik und hob demgegenüber die Vorkriegszeit hervor, wo die Presse weniger sensationslüftig, dafür aber wahrheitsgetreuer gewesen sei. Wenn die Regierung gewisse Kundgebungen der Presse zur Veröffentlichung aufnötigen wolle, so nur deshalb, damit die ganze Oeffentlichkeit von diesen Kundgebungen erfahre. Die Vorlage habe nichts mit Gleichschaltung zu tun. Die Erfahrung lehre aber, daß die Informierung der Oeffentlichkeit nicht mit der früher üblichen journalistischen Objektivität erfolge, daher seien gewisse Maßnahmen erforderlich, damit die Oeffentlichkeit über die Absichten der Regierung entsprechend unterrichtet werde.**

**Was den Schutz der Anhänger der demokratisch-republikanischen Staatsform betreffe, so dürfte man nicht vergessen, daß wir in einer Zeit leben, wo gegen das ganze Wesen der demokratisch-republikanischen Einrichtung derart raffiniert und h-ö-h-w-i-l-l-i-g gehetzt wird, daß ein gewisser Schutz notwendig ist.**

**Durch die Bestimmungen über amtliche Berichtigungen soll nicht die Kritik schlechthin unterbunden werden. Niemand könne aber leugnen, daß in den Zeitungen Nachrichten erscheinen, die eine völlige Fälschung der Tatsachen bedeuten. Wenn eine Zeitung eine Berichtigung wird veröffentlichen müssen, so stehe nirgends geschrieben, daß sie diese Erklärung nicht auch im Rahmen der allgemeinen preßgesetzlichen Bestimmungen kritisieren könne.**

**Das Verbot der Veröffentlichung von vertraulichen Verhandlungen gewisser Körperschaften (darunter auch des Ministerrates) hänge auch mit der ungenügenden Objektivität eines Teiles unserer Presse zusammen, welche manchmal unbewußt, aber auch bewußt solchen Verhandlungen unwahre Absichten unterschiebe. Es bestehe aber auch hier nicht die Absicht, irgendwie die Reportagetätigkeit der Journalistik hemmen zu wollen. Die Frage, ob hier eine subjektive oder objektive Bestrafung erfolgen soll, könne diskutiert werden.**

**Abschließend erklärte Malypetr, daß die Regierung der Vorlage der Novelle von gutem Willen geleitet gewesen sei. Es sei aber die Pflicht der Demokratie, sich gegen eine destruktive Opposition zu wehren, allerdings mit demokratischen Mitteln. Das in Verhandlung stehende Mittel sei demokratisch, denn es sei ein Gesetz.**

### Justizminister Dr. Dérer

führte gegen Schluß der Debatte nochmals alle Argumente der Regierung ins Treffen. So erklärte er u. a., es sei wohl richtig, daß der Demokratie bei uns keine akute Gefahr drohe, aber nur deshalb, weil die Regierung es verstanden habe, Maßnahmen zu treffen, die jeden Versuch, das demokratische Regime zu stürzen, im Keim unterdrücken. Damit habe die Tschechoslowakei die Fehler anderer Demokratien vermieden, die zu deren Sturz geführt haben; aber man müsse auf der Wacht bleiben und allen Eventualitäten vorbeugen.

In keinem Staate gehe die Pressefreiheit so weit, daß mit ihrer Hilfe Verbrechen begangen werden könnten. Auch die Pressefreiheit könne eben mißbraucht werden; es soll auch nicht die Pressefreiheit beschränkt werden, sondern nur die Möglichkeiten, sie zu mißbrauchen. Pressefreiheit bedeute auch Pflichten und eine große Verantwortung. Das konsequente Verschweigen von Kundgebungen hervorragender staatlicher Faktoren sei mit den Grundlagen der Pressefreiheit unvereinbar. Die Regierung beabsichtige keine Gleichschaltung der Presse und werde auch nicht darauf hinarbeiten, die Schreibweise irgendeines Blattes zu ändern.

*

Die Vorlage über den Rüstungsfonds wurde am Mittwoch auch vom Budgetausschuß unverändert angenommen und gelangt heute bereits vor dem Plenum des Abgeordnetenhauses.

* *

Das Subkomitee des sozialpolitischen Ausschusses verhandelte gestern die Vorlage über das Arbeitsverhältnis der Privatangestellten, wobei Vertreter der Ministerien für Finanzen, Justiz und Handel verschiedene Einwendungen erhoben. Der Vorsitzende Teplansky und der Referent Klein wurden ermächtigt, in weiteren Beratungen mit den Fachreferenten der genannten Ministerien den Versuch zu unternehmen, die strittigen Fragen, die die Verhandlung des Gesetzes im Subkomitee aufhalten, einvernehmlich zu regeln.

---

# Reichsdeutsche Geldprämien

## für jedes Nazi-Attentat

**Wien, 20. Juni.** Am 2. Juni, also wenige Tage vor dem Einsetzen der neuen nationalsozialistischen Terrorwelle, wurde von der Bundespolizeidirektion Linz der reichsdeutsche, arbeitslose Tischlergehilfe Wilhelm Wahl, zuständig nach Remscheidt, festgenommen, bei dem in einem verschlossenen Briefumschlag ein Geldbetrag von 3120 Schilling samt 15 vorbereiteten Empfangsbestätigungen vorgefunden wurden. Die Beträge waren in Quoten von 20 bis 160 Schilling für 13 bereits wiederholt wegen Verübung von Anschlägen bestraften Nationalsozialisten, der Rest von 200 Schilling war für zwei SA.-Stürme bestimmt. Wahl gab an, den verschlossenen Briefumschlag am 1. Juni von einem nationalsozialistischen Kurier aus dem Reiche mit dem Auftrage zur Verteilung laut den beigelegten Empfangsbestätigungen erhalten zu haben.

## Weitere Anschläge

**Wien, 20. Juni.** Die Terrorakte werden trotz aller Drohungen mit dem Standgericht fortgesetzt. Heute nach Mitternacht explodierten in Wien und Umgebung wieder einige Petarden und andere Sprengkörper. Größerer Schaden wurde in Schwechat bei Wien angerichtet, wo durch eine Explosion eine Telephonzelle und zahlreiche Fensterscheiben der umliegenden Häuser zerstört wurden.

In Wiener Neustadt wurde durch eine Explosion das Geschäft und Haus des Geschäftsmannes Gerstl beschädigt. Die Bombe warf in diesem Falle ein Radfahrer, der nach der Tat verschwand.

Im Garten des Zollamtes in Schwarzenberg, Bezirk Rohrbach, wurde ein Sprengkörper zur Explosion gebracht, wobei mehrere Fensterscheiben zertrümmert wurden. Der Tatort ist von der Bundesgrenze za. 100 Meter entfernt. Abends wurde auf einen Lichtleitungsmast am Bahnhof in Indenburg ein Sprengstoffanschlag verübt, wodurch für kurze Zeit ein Teil der Stadt ohne Licht und Kraft war.

Mittags explodierte vor der Wohnungstür des städtischen Kriminalkommissärs in Innsbruck zum zweitenmal ein Sperngkörper, wodurch Sachschade verursacht wurde.

In Lauterach und Feldkirch in Vorarlberg unterbrachen die Nationalsozialisten durch eine Explosion das Kabel und verursachten eine Störung der Telephon- und Telegraphenleitung.

In Vorarlberg wurden verschiedene Sprengversuche auf elektrische Lichtleitungen, sowie Sprengversuche auf Telephonkabel in der Nacht auf den 20. d. M. verübt, wodurch vorübergehend lokale Störungen verursacht wurden. Ferner wurde ein Sprengstoffanschlagsversuch auf das Hauptpostamt in Bregenz unternommen. Die Sprengladung, die mit einer Zeitzündung versehen war, ist nicht zu einer Explosion gekommen.

*

Das Standgericht in Graz, das gestern den Fall des Nationalsozialisten Thomas Kern verhandelte, verurteilte in später Nachtstunde den Angeklagten zu zehn Jahren schweren Kerkers.

Das Wiener Standgericht verurteilte die Nationalsozialisten Theodor Tann zu zwölf Jahren und Anton Pressinger zu vierzehn Jahren schweren Kerkers. Die beiden waren wegen Verheimlichung von Sprengstoffen und wegen des Bombenanschlages im Kongreß-Bad im 16. Bezirk angeklagt.

## Russische Verstärkungen nach der Mongolei

**Singking, 20. Juni.** In den letzten Tagen trafen in der Außenmongolei starke Truppenverstärkungen aus Sowjetrußland ein. In Urga allein kamen 18.000 Mann mit Flugzeugabwehrgeschützen Tanks und Flugzeugen an.

## Nach 15 Jahren ein Todesurteil

**Budapest, 20. Juni.** Das Miskolczer Gericht hat heute den ehemaligen Rotgardistenführer Gador zum Tode durch den Strang verurteilt. Gador hat angeblich am 30. Juli 1919 sieben Bauern durch Rotgardisten erschießen lassen. Er flüchtete nach dem Sturz der Rätediktatur nach Wien und kehrte nach 15 Jahren wieder zurück, wurde aber erkannt und verhaftet.

## Schlichtungsausschüsse

**bei Streiks in USA.**

**Washington, 20. Juni.** Präsident Roosevelt hat am Dienstag die Schlichtungsvorlage unterzeichnet, die ihm ermächtigt, im Falle drohender Streiks Schlichtungsausschüsse einzusetzen, denen Vertreter der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer angehören.

## Vorbesprechungen zur Marinekonferenz

**London, 20. Juni.** Die vorläufigen Beratungen für die bevorstehende Marinekonferenz zwischen den amerikanischen und englischen Vertretern wurden heute in der Downing Street neuerlich aufgenommen. In der ersten Julihälfte wird auch eine französische Delegation den Vorbesprechungen zugezogen werden.

## Gütliche Beilegung

**des Konfliktes um Leticia.**

**Leticia, 20. Juni.** Die Republik Columbien nahm gestern abermals von dem Hafen Leticia am Oberlaufe des Amazonenstromes Besitz. Die Verwaltungskommission des Völkerbundes hat auf kurzem Wege den Hafen den columbischen Behörden auf Grund des Uebereinkommens mit der Republik Peru übergeben.

Dieses Gebiet bildete jahrelang den Zankapfel zwischen den beiden Republiken und in letzter Zeit hatte sich große Kriegsgefahr gezeigt, die durch das Uebereinkommen glücklich beseitigt wurde.

*

Seit einiger Zeit war der frühere tschechoslowakische General Klecanda Befehlshaber der columbianischen Truppen. Er traf umfassende Vorbereitungen zur Durchführung eines Feldzuges und diesen Vorbereitungen schreibt man es zu, daß Peru schließlich Angst bekam und nachgab. Klecanda wurde deshalb von der Regierung von Columbien mit einem hohen Orden ausgezeichnet.

## Ein Aufruf der deutschen Rektoren

Wir werden um Aufnahme des folgenden Aufrufes ersucht:

Die deutschen hohen Schulen unserer Republik befinden sich in schwerer Notlage.

Alle für das Wohl und Wehe der Hochschulen maßgebenden Faktoren sind sich der Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit voll bewußt. Sie haben aus eigener Initiative alle Maßnahmen ergriffen, um die Hochschulverwaltung nach wirtschaftlicheren Gesichtspunkten zu organisieren und die Regieausgaben (Beheizung, Beleuchtung, Gebäudeerhaltung usw.) auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Sie müssen aber warnend ihre Stimme erheben, wenn diese Sparmaßnahmen so weit gehen, die Arbeitsfähigkeit unserer hohen Schulen in Lehre und Forschung zu gefährden. Die jüngsten Einsparungen bei den für die Lehrkanzeln, Institute, Seminare und Bibliotheken bestimmten Dotationen haben das noch tragbare Maß zweifellos schon überschritten.

Zu diesen das wissenschaftliche Leben unserer hohen Schulen lähmenden allgemeinen Sparmaßnahmen kamen in letzter Zeit Anträge der parlamentarischen Spar- und Kontrollkommission, welche in völliger Verkennung des inneren organischen Zusammenhanges aller Teile, Institute und Lehrkanzeln einer Hochschule die Integrität einzelner Hochschulen zerstören, andere sogar ganz beseitigen wollten.

Gleichwie die Vertreter der tschechischen sind auch jene der deutschen Hochschulen der festen Ueberzeugung und haben diese Ueberzeugung durch eingehende Nachweise und Berechnungen begründet, daß auf diesem Wege irgendwie ins Gewicht fallende Ersparnisse überhaupt nicht erzielt, wohl aber den höchsten kulturellen Institutionen unserer Republik dauernder, später nur schwer und mit unverhältnismäßig hohen Kosten wieder gutzumachender Schaden zugefügt würde.

Es muß auch ausdrücklich betont werden, daß jeder Eingriff in die derzeitige Organisation unseres Hochschulwesens notwendig zu überflüssig schweren Schädigungen führen muß, wenn er ohne vorherige eingehende Beratung mit den verantwortlichen Faktoren der Hochschulen (akademischer Senat, bzw. Professorenkollegium) vorgenommen wird.

Wenn die deutschen Professorenkollegien, wie es die tschechischen schon getan haben, mit allem Nachdrucke für die ungeschmälerte Aufrechterhaltung ihres altüberkommenen Hochschulbesitzes eintreten, so glauben sie damit nach dem oben Gesagten nicht nur ihrem deutschen Volke, sondern auch den Interessen des Gesamtstaates zu dienen.

Aus dieser Ueberzeugung leiten sie das Recht ab, die gesamte deutsche Oeffentlichkeit aufzufordern, sich in diesem schweren Abwehrkampfe geschlossen und entschlossen hinter sie zu stellen. Es geht um die höchsten kulturellen Güter unseres deutschen Volkes.

Der Rektor der Deutschen Universität in Prag:
Dr. Gerhard Gesemann.

Der Rektor der Deutschen Technischen Hochschule in Prag:
Dr. Wilhelm Gintl.

Der Rektor der Deutschen Technischen Hochschule in Brünn:
Arch. Heinrich Fanta.

## Der Zentralverband der tschechoslowakischen Krankenkassen

hielt am Samstag und Sonntag in Prag im Radiosaale seinen siebenten ordentlichen Kongreß unter zahlreicher Teilnahme von Delegierten und Gästen ab. Zum Kongreß selbst hat das Zentralsekretariat des Verbandes einen sehr umfangreichen Bericht über dessen Tätigkeit in den Jahren 1932/33 herausgegeben. Der Bericht ist eine detaillierte Uebersicht der umfassenden Tätigkeit des Verbandes, mit reichhaltigem statistischen Material belegt.

Der Kongreß wurde Samstag um 14 Uhr durch den Vorsitzenden, Gen. Němeček, eröffnet. Den Bericht erstattete der Verbandsdirektor, Genosse Johanis, den Bericht des Aufsichtsrates Dr. Brüdner. Nach einer Debatte wurden die Berichte der Funktionäre zur Kenntnis genommen. Den Bericht der Antragsprüfungskommission brachte Genosse Dr. Pleskot.

Sonntag setzte der Kongreß seine Verhandlungen fort, wobei zunächst Genosse Dr. Winter ein Referat über die Novelle zum Pensionsversicherungsgesetz hielt. Die Wirksamkeit der Novelle soll am 1. Juli beginnen. Das Referat rief eine lebhafte Debatte hervor.

Bei den Wahlen wurde zum Vorsitzenden abermals Genosse Němeček, zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates Dr. Skarda gewählt.

Zum Schluß dankte der Vorsitzende dem scheidenden Direktor des Verbandes Johanis, der in den Ruhestand tritt. Sein Nachfolger ist Genosse Dr. Pleskot.

**Die Eichung von Wassermessern.** Dieser Tage wird die vom Arbeitenministerium ausgearbeitete Regierungsverordnung über die Eichung von Wassermessern verlautbart werden. Es werden die bisherigen Eichungsvorschriften unifiziert, aber auch dem Fortschritt der Technik derart angepaßt, daß eine möglichst große Genauigkeit der Wassermesser erreicht wird. Die Eichung wird deshalb künftig schon alle vier (bisher fünf) Jahre vorgenommen werden müssen, da nach den bisherigen Erfahrungen ein Wassermesser schon vor Ablauf der fünfjährigen Frist seine Meßgenauigkeit einbüßt.

# Brandkatastrophen in der Slowakei

### Zwei schwer heimgesuchte Dörfer

### Obdachlose — Verwundete — ein Todesopfer

**Kaschau**, 20. Juni. Dienstag nachts brach in Hostovice im Sninaer Bezirk in der Scheune des Fleischermeisters Samuel Weiß ein Brand aus, der infolge des starken Windes sich blitzschnell ausbreitete und 11 Wohngebäude mit den dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden und 15 Scheunen, die mit Sämereien, Stroh und Futtermitteln gefüllt waren, bis auf die Grundmauern vernichtete. Außerdem wurden landwirtschaftliche Maschinen und sonstiges Hausgerät zerstört. Viel Kleinvieh und einige Stück Rinder kamen in den Flammen um. 15 Familien sind obdachlos. Der Schaden ist aber zum Glück größtenteils durch Versicherung gedeckt.

Zu der Zeit, als es in Hostovice brannte, brach gegen Mitternacht ein großes Feuer in Snina aus. Seit Menschengedenken hat sich ein Brand von solchem Umfange im Ort nicht ereignet. Das Feuer vernichtete die ganze Straße Podhorama und bis in die Morgenstunden waren 29 Wohnhäuser mit den dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden, 30 Scheunen, sämtliche Haus- und landwirtschaftliche Geräte usw. ein Opfer des wütenden Elementes geworden. Auch viel Kleinvieh und Haustiere kamen in den Flammen um.

**30 Familien sind obdachlos und vollkommen verarmt. 25 Personen erlitten schwere Verletzungen.** Der Landwirt Karl Stefan erstickte. Er hinterläßt eine Witwe und mehrere Kinder. Der Schaden wird auf eine Million Kč geschätzt.

Der Bezirkshauptmann in Snina berief sofort nach dem Ausbruch der Katastrophe den Bezirksausschuß zusammen, der sofort eine vorläufige erste Hilfe zum Ankauf von Lebensmitteln für die Betroffenen bewilligte. Außerdem wurden der Landeskulturrat in Kaschau und der Landespräsident in Preßburg um Hilfe ersucht. Das vernichtete Viertel bietet einen recht traurigen Anblick.

# Tagesneuigkeiten

## Endlich etwas Abkühlung!

**Prag**, 20. Juni. In West- und Nordböhmen, wo in den Vormittags- und Mittagsstunden Gewitter auftraten, hat es sich stärker abgekühlt. Um 14 Uhr hatten Eger und Milovice 16, Prag und Böhm.-Budweis 17 Grad. In Königgrätz wurden dagegen noch 23 Grad Celsius verzeichnet. Der Himmel hat sich nunmehr auch im Osten des Staates umzogen. Trotzdem ist es dort noch ziemlich warm.

Wettervorhersage für heute: Unbeständig, im Westen des Staates strichweise Regenschauer, mäßig kühl, westlicher bis nordwestlicher Wind. Im Karpathengebiet vielfach Regenschauer.

•

**Paris**, 20. Juni. Nach der fast unerträglichen Hitze der letzten Tage, die in Paris den seit 1900 für den Monat Juni nicht wieder dagewesenen Höchststand von 33 Grad im Schatten erreichte, hat sich am Dienstag eine merkliche Abkühlung bemerkbar gemacht, die in den Abendstunden durch einen starken Regenschauer eingeleitet wurde. Das Thermometer ist nachts um fast 13 Grad gefallen.

## Selbstmordversuch eines Soldaten

**Schwer verwundet — aus Furcht vor Strafe.**

**Prag**, 20. Juni. Am 18. d. M. unternahm der Soldat Josef Motyčka, geboren 1911 in Dolni Kralovice, Bezirk Ledeč n. S., zugeteilt dem Artillerieregiment Nr. 51, im Uebungslager von Jince einen Selbstmordversuch. Er hatte die abendliche Ausgangszeit um zwei Stunden überschritten und als er wegen dieser Uebertretung zum Rapport gerufen wurde, wartete er die Mitteilung über die Strafe, die in diesem Falle verhältnismäßig gering gewesen wäre, nicht ab und schoß sich mit dem Militärgewehr in die rechte Brustseite. Ob noch andere Motive zu diesem Selbstmordversuch vorliegen, wird von der zuständigen Kommission untersucht. Motička wurde nach der ersten Hilfeleistung im Auto ins Příbramer Krankenhaus überführt. Seine Verletzung wird vom Arzte als schwer bezeichnet.

## Ein Kran als Verbrecherwerkzeug

**New York**, 20. Juni. In der Nacht zum Mittwoch wurde die amerikanische Kleinstadt Crescent von einer Verbrecherbande überfallen, die einen großen Geldschrank rauben wollte. Zu diesem Zwecke hatte sich die aus sieben Köpfen bestehende Bande auf einem Lastautomobil einen Kran mitgebracht.

**Sie durchschnitten alle Fernsprechdrähte und nahmen alle zu dieser Zeit sich auf der Straße aufhaltenden Leute fest.**

Sodann fuhren sie zur Bank des Ortes und versuchten mit Hilfe des Kranes, den Geldschrank, der mehrere Tonnen schwer ist und über 2000 Dollar enthielt, durch das Fenster auf ihren Lastkraftwagen zu verladen. Etwa 100 Personen, die inzwischen zusammengeströmt waren, wurden mit Maschinenpistolen in Schach gehalten. Schließlich mußten aber die Räuber nach halbstündiger „Arbeit" den Geldschrank, der anscheinend doch zu schwer war, auf der Straße liegen lassen. Um sich gegen alle Möglichkeiten, insbesondere gegen eine Beschießung durch Polizei zu sichern, nahmen sie sechs Personen als Geiseln mit, die sie jedoch eine Meile vor der Stadt wieder freiließen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

•

**Chicago.** Der Gangster George Rogalski, der ein kleines Mädchen entführte, das in der Gefangenschaft starb, wurde Dienstag in Chicago zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

**Rantoul** (Illinois). Vier Banditen überfielen gestern die „First National Bank" und beraubten sie um sämtliches Bargeld, worauf sie in einem Automobil die Flucht ergriffen.

## Lastautos streifen sich — ein Toter, ein Schwerverletzter

**Dienstag fuhr der Händler Semerak aus Trautenau mit seinem Lastauto, das mit Holz beladen war, von Josefstadt gegen Trautenau. Auf dem Wagen saß der zwanzigjährige Sohn des Autoinhabers und der Chauffeur, während Semerak sen. den Wagen lenkte. Ein von der entgegengesetzten Seite kommendes Lastauto aus Nachod streifte das Auto des Semerak, die Holzladung wurde erschüttert und stürzte zum Teil auf die Straße, Semerak jun. und der Chauffeur stürzten mit, und während Semerak jun. kurze Zeit nach dem Zusammenstoß verschied, mußte der Chauffeur in schwerverletztem Zustande in das Krankenhaus nach Josefstadt gebracht werden.**

## Prager Polizei auf Einbrecherjagd

**Prag**, 20. Juni. Heute nachts wurde die Polizei verständigt, daß im Lokal der Diskontbank in der Brenntegasse die Alarmsirene in Tätigkeit sei. Eine Auslage der Filiale war gesprengt und auf der Straße lagen Goldmünzen, welche von den Einbrechern wahrscheinlich in der Eile liegen gelassen worden waren. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden, noch konnte festgestellt werden, welchen Schaden sie angerichtet hatten.

## Grauenhafte Bahnhofsgarderobe

**Brighton**, 20. Juni. (Reuter.) Die Bevölkerung von Brighton, die kürzlich durch die aufeinanderfolgenden Funde des Rumpfes und der Gliedmaßen einer Frauenleiche in zwei in der Bahnhofsgarderobe hinterlegten Gepäckstücken in Aufregung versetzt worden war, ist nunmehr durch einen neuen grauenhaften Fund erregt worden. Heute früh wurde in der Garderobe des Zentralbahnhofes ein kleiner Koffer, in dem sich die Leiche eines Neugeborenen befand, aufgefunden. Das Gepäckstück wurde vor einigen Tagen hinterlegt.

**Ein genialer Gast.** Vor wenigen Tagen ging durch die Presse eine Meldung aus Wien: der Berliner Filmschauspieler Georg Alexander habe dort in betrunkenem Zustand in einem Ringstraßen-Hotel einen Krawall verursacht und bei seiner Festnahme Hochrufe auf Hitler ausgestoßen (an die er sich — mit dem Mute des gleichgeschalteten Germanen — nachher nicht mehr erinnern konnte). Wenn diese Szene zu einem Engagement des Klamauk-Komikers in Berlin geführt hätte, dann wäre das nicht verwunderlich. Aber das Engagement, das auf die Wiener Talentprobe des „Künstlers" folgte, kam nicht in Berlin zustande, sondern ganz wo anders: bei der Firma Terra-Film in Brünn. Herr Alexander soll, wie die „Prager Abendzeitung" berichtet, in dem nächsten Film dieser Firma neben Leo Slezak eine Hauptrolle spielen, und da die „Terra" offenbar nirgends in der Welt seinesgleichen sieht, soll er sie in allen drei Versionen (deutsch, französisch und tschechisch) übernehmen. Man hat sich mit der Zeit das Staunen über das Verhalten unserer Filmproduzenten abgewöhnt. Aber daß die „Terra" Herrn Alexander für so genial hält, daß sie ihn (wie der erwähnte Bericht meldet) verpflichtet hat, die tschechische Sprache bis zum August dieses Jahres zu erlernen, um ihn nur ja nicht ersetzen zu müssen, das finden wir doch erstaunlich. Wenn schon Herr Alexander seine Arbeit so „ernst" nimmt, daß er eine solche Verpflichtung eingeht — glaubt man denn wirklich in Brünn, der trinkfrohe Mann werde in seiner alexandrinischen Gelehrsamkeit das Tschechische genau so rasch lernen können wie das Vokabular des Nazi-Gebrülls?

## III. Tschechoslowakische ARBEITER-OLYMPIADE

**PRAG / 1. Juli / 5. bis 8. Juli**

**Die Olympiade-Ausstellung** wird am Sonntag, den 24. Juni, um 10 Uhr vormittags eröffnet werden. Sie ist in den Räumen der Haupttribüne des Strahover Stadions untergebracht und dauert bis zum 9. Juli.

**Die zweite amerikanische Expedition** zur Olympiade ist am Samstag, den 16., von New York abgefahren und wird am 23. oder 24. Juni in Prag ankommen. Sie umfaßt 150 Personen, unter denen sich auch die Turner und Turnerinnen befinden.

**Das Festspiel** wird den Titel „Befreite Arbeit" (Mensch und Maschine) haben und es werden rund 5000 Personen mitwirken. Der Autor ist Ing. K. Lörsch, die Regie führt der Vorsitzende der dramatischen Sektion, Spielleiter des tschechischen Nationaltheaters Vojta Novak unter künstlerischer Mitarbeit des Direktors L. Sutnar. Das Festspiel wird am 1., 5., 6., und 8. Juli aufgeführt. In einer starken dramatischen Kürzung wird die ganze Entwicklung der Produktionsverhältnisse von der Vorkriegszeit bis heute, der Kampf der Arbeiterschaft mit der Rationalisierung und der endgültige Sieg geschildert. Die Maschine hört in der befreiten Arbeit auf, ein Quell der Not zu sein, wie es leider heute noch der Fall ist, und wird der Freund des arbeitenden Menschen, dem er zu einem glücklicheren und freudigeren Dasein verhilft.

**Der norwegische Arbeitersportverband** mit dem Sitze in Oslo hat ebenfalls seine Teilnahme an der Prager Arbeiter-Olympiade angemeldet. Die Expedition des Verbandes umfaßt drei Turner, vier Leichtathleten, sechs Schwimmer, zwei Radfahrer und drei Schwerathleten. Es ist das erstemal, daß norwegische Arbeitersportler in Prag an den Start gehen.

**Karl Hans Strobl landesverwiesen.** Reichsdeutsche, österreichische und auch einige tschechoslowakische Zeitungen veröffentlichten dieser Tage die Meldung, daß der österreichische Schriftsteller und Dichter Dr. Karl Hans Strobl aus der Tschechoslowakischen Republik wegen Bedrohung des tschechoslowakischen Staates auf immer ausgewiesen wurde. Die Zeitungen führten dabei an, daß der Hauptgrund der Ausweisung Strobls sein Roman „Kamerad Viktoria" sei. Zu dieser Nachricht erfährt das Tsch. P.-B.: Das Buch Strobls „Kamerad Viktoria" wurde in Leipzig herausgegeben. In der Tschechoslowakei wurde es nicht beschlagnahmt, aber es wurde dem Buch durch eine Entscheidung des Innenministeriums vom Jahre 1933 die Beförderung durch die tschechoslowakischen Post- und Eisenbahnbehörden entzogen und ein Verbot der Verbreitung des Buches ausgesprochen. Der Grund dieser Entscheidung lag darin, daß in dem Buch zahlreiche Stellen enthalten sind, in der die Tschechoslowakische Republik und ihre Einrichtungen lächerlich gemacht, karikiert, verschiedene Tatsachen verdreht, die früheren staatsrechtlichen Verhältnisse auf dem Gebiete unseres Staates verherrlicht und der tschechischen Nation gegenüber Haß erweckt wurde. Der Autor des Buches „Kamerad Viktoria", Dr. Hans Strobl, wurde während seines Aufenthaltes in Aussig im April des Jahres 1933 vom Polizeikommissariat als lästiger Ausländer ausgewiesen, weil in der Zeitschrift „Austria-Korpsztg.", herausgegeben und gedruckt in Darmstadt, festgestellt wurde, daß Strobl anläßlich des Leichenbegängnisses des ehemaligen Hofrates und Landesschulinspektors Dr. K. F. Wrba eine Rede gehalten hatte, in der er in grober Weise das tschechische Volk angriff. Die Ausweisung Strobls aus dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik ist daher schon älteren Datums. Der Fall wurde wahrscheinlich dieser Tage neuerlich aufgewirbelt, da das Landesamt von Böhmen, bei welchem Dr. Strobl gegen den Beschluß des Aussiger Polizeikommissariats berief, die Berufung verwarf. Gegen den Beschluß des Landesamtes ist nunmehr nur eine Beschwerde beim Obersten Verwaltungsgericht möglich.

**12 Tote.** Genauen Meldungen aus Tokio zufolge kamen bei dem Unglück in den Kohlengruben des Gebietes von Matsuura 12 Bergarbeiter ums Leben. 10 weitere Bergleute wurden schwer verletzt.

**Die erste Fernseh-Ausstellung in der Tschechoslowakei** wird in der Zeit der Prager Herbstmustermesse vom 2. bis 9. September d. J. veranstaltet. Sie wird von der Zeitschrift „Televise" ins Leben gerufen.

## Vom Rundfunk

**Empfehlenswertes aus den Programmen:**

**Freitag.**

**Prag:** Sender L.: 10.05 Deutsche Nachrichten. 11.00 Schallplatten. 13.30 Arbeitsmarkt. 17.40 Walzer auf Schallplatten. 18.20 Deutsche Sendung: Intendant Dr. Modes: Die Egerer Wallenstein-Festspiele 1934. 18.40 Sekr. Bittner: Was muß der Arbeitnehmer vom Urlaub wissen? 18.55 Deutsche Presse. 19.10 Uebertragung vom Barrandov: Lagerfeuer der Prager Pfadfinder. — Sender St.: 14.00 Konzert des Prager Harmonikaquartettes. 14.25 Deutsche Sendung: Viertelstunder der Frau. 14.40 Dr. Maras: Aus dem tschechischen Kulturleben. — **Brünn:** 15.15 Für die Kinder. 18.20 Deutsche Sendung: Du Garde-Pearl, Hörspiel. — **Mähr.-Ostrau:** 12.30 Orchesterkonzert. 18.20 Gitarrevorträge.

## Der Kampf gegen die chinesischen Piraten

**Tschefu**, 20. Juni. (Reuter.) Den britischen Torpedobootzerstörern, die die Suche nach den chinesischen Seeräubern aufgenommen haben und 26 Gefangene sowie einen Teil der Beute von dem Schiffe „Schuntien" an Bord nehmen konnten, haben sich nunmehr auch Flugzeuge angeschlossen.

Nach den Mitteilungen der japanischen Presse sind diese Seeräuberbanden sehr gut ausgerüstet, bei einem Ueberfall wurden sogar schwere Maschinengewehre ausländischer Herkunft festgestellt.

Die japanische Regierung hat erklärt, daß die chinesischen Zusicherungen, China werde das Seeräuberunwesen mit den allerschärfsten Mitteln bekämpfen, für Japan ungenügend seien; deshalb werde die japanische Regierung gezwungen sein, Selbsthilfemaßnahmen für die Sicherheit ihrer Bürger in China zu treffen.

Ueber Einschreiten des britischen Gesandten in Nanking im chinesischen Außenministerium wurden die chinesischen Behörden aufgefordert, alles für die Befreiung der entführten britischen Untertanen zu unternehmen. Ein Flugzeugmutterschiff und zwei Torpedobootzerstörer begaben sich nach Wejhawej im Gelben Meere, wo die Piraten die entführten Reisenden verborgen haben.

•

**Schanghai**, 20. Juni. (Reuter.) Die den Personenverkehr zwischen Schanghai und den nordchinesischen Häfen besorgende Dampfschifffahrtsgesellschaft kündigt als Konsequenz der Uebergriffe der Piraten drakonische Maßnahmen an, durch welche für die chinesischen Reisenden das Betreten der Frachtschiffe der Gesellschaft beschränkt werden soll. Um es den Piraten unmöglich zu machen, sich als Reisende einzuschiffen, wird die Beförderung allen Chinesen, mit Ausnahme von Kaufleuten und Reisenden, die sich mit einer besonderen Empfehlung ausweisen können, unmöglich gemacht.

## Giftige Schwämme

In Sofia erkrankte vor einigen Tagen nach dem Genuß von giftigen Schwämmen die Familie des Universitätsprofessors Janischowski. Seine Frau, sein Sohn und der russische Journalist Eljer sind nunmehr der Vergiftung zum Opfer gefallen. Die übrigen vier Vergifteten liegen noch in hoffnungslosem Zustande im Krankenhaus. Bei der Obduktion der Leichen der Vergifteten wurde festgestellt, daß die Vergiftung nicht nur durch das Schwammgift, sondern auch in gleichem Maße durch die Sekrete von Skorpionen, die diese Schwämme mit Vorliebe aufsuchen, hervorgerufen wurde.

**Furchtbarer Selbstmord aus Not.** Der in Brüx wohnhafte 54jährige Drehorgelspieler Anton Lorenz hat sich in der Nacht auf Mittwoch, auf einem Feldwege bei Brüx mit Petroleum übergossen, das er dann anzündete. Er wurde früh mit furchtbaren Brandwunden am ganzen Körper tot aufgefunden. Not dürfte ihn zu dieser Verzweiflungstat getrieben haben.

**Ehepaar Hanau verurteilt.** Das Pariser Strafgericht verurteilte am Dienstag die ehemalige Leiterin der „Gazette du France" und jetzige Besitzerin der Finanzzeitschrift „Forces", Frau Martha Hanau, wegen Beihilfe zum betrügerischen Bankerott zu sechs Monaten Gefängnis und 3000 Francs Geldstrafe. Der geschiedene Ehemann von Frau Hanau, Lazare Bloch, wurde zu acht Monaten Gefängnis und 3000 Francs Geldstrafe verurteilt.

**SA-Führer in den Salons.** Im Zuge des Kampfes gegen die „Kritikaster" werden in der Nazipresse die schönsten Geständnisse laut. Im Parteiblatt der NSDAP für den Gau Baden, dem „Führer", wird mitgeteilt, daß in den Salons der „guten Gesellschaft", von deren „dicken Wagen" nach Hitlers Machtantritt „auf einmal die Hakenkreuzfahnen grüßten", plötzlich „jeder SA-Mann, vom Sturmführer aufwärts, ein gern gesehener Gast war, den man auf das liebenswürdigste behandelte . . . Geschenke, Geburtstagsfeiern, interne Einladungen waren beliebte Mittel. Es soll nicht geleugnet werden, daß sie bei einem Teil der nationalsozialistischen Neulinge" — als ob ein „Neuling" gleich Sturmführer würde! — „nicht ganz erfolglos geblieben sind".

**Ein Tscheljuskin-Film.** Aus Moskau wird berichtet: Die Ankunft des Leiters der Tscheljuskin-Expedition Schmidt und der festliche Empfang, der den Heimkehrenden im ganzen Lande bereitet wurde, ist in allen Einzelheiten gefilmt worden. Außerordentlich interessant werden die Aufnahmen der Fahrt des Expeditionsschiffes „Tscheljuskin", sein Untergang, das Leben auf dem Eise, die Rettungsaktion und die Rückkehr der Schiffbrüchigen nach Moskau werden. Der Film wird bereits im Juli zur Vorführung gelangen.

**Die Böhmische Sparkasse — den Neugeborenen 1934.** Die Böhmische Sparkasse in Prag (gegenüber dem Nationaltheater) widmet auch den im Jahre 1934 im Gebiete Groß-Prags und des politischen Bezirkes Prag-Land, sowie in den Gerichtsbezirken der Filialen der Böhmischen Sparkasse geborenen Kindern, deren Mütter zur Zeit der Niederkunft daselbst ihren ordentlichen Wohnsitz hatten, je eine Einlage von Kč 25.—. Anmeldungsfrist bis 31. März 1935.

„Streng vertraulich"

# Die geheime deutsche Aufrüstung

**nachgewiesen an einigen Beispielen aus Presseinformationen, die den „gleichgeschalteten" deutschen Zeitungen — andere gibt es in Deutschland nicht — durch das nationalsozialistische Presseamt täglich als „streng vertraulich" zugehen.**

**1. August 1933:** Am 1. April 1934 wird das Manöverfeld von Heuberg (Schwarzwald) zur Verfügung der Militärbehörde gestellt werden. Es wird der Presse hiermit verboten, Ankündigungen davon zu machen.

**5. September 1933:** Das Wolff-Büro hat mitgeteilt, daß der Kanzler, der General von Blomberg und der Minister Goering in Württemberg eingetroffen sind, um dort militärischen Uebungen beizuwohnen. Hierüber sind keine Einzelheiten zu veröffentlichen. Drei Zeilen Informationen genügen. Es darf nicht von Manövern gesprochen werden, nur von Paraden.

**15. Jänner 1934:** Einige Pulverfabriken werden demnächst bedeutend erweitert werden. Es ist der Presse verboten, hiervon Kenntnis zu geben. Noch viel weniger darf die Tatsache kommentiert werden.

**15. Jänner 1934:** Ein Flieger-Detachement wird morgen dem Begräbnis des heute abgestürzten Militärpiloten folgen. Die Presse darf über den Unfall nichts bringen. Den illustrierten Zeitschriften wird hiermit verboten, Abbildungen von dem zerschmetterten Flugzeug oder von dem Trauerzug zu bringen.

**21. September 1933:** Gelegentlich des Zusammentritts der Abrüstungskonferenz befleißige man sich großer Vorsicht. Von den Waffen, die Deutschland besitzt oder fordert, darf ebenfalls nur mit Vorsicht gesprochen werden.

**Ende September 1933:** Frankreich verbreitet überall Propaganda-Nachrichten gegen den deutschen Arbeitsdienst. Es wird daran erinnert, daß es der Presse verboten ist, die Parallele zwischen Arbeitsdienst und nationaler Verteidigung aufzuzeigen. Eine solche bedauerliche Information ist gestern der Presse versehentlich als Polizeibericht übergeben worden. Es sind alle Einzelheiten zu unterdrücken über die militärische Ausbildung der jungen Männer im Arbeitsdienstlager.

**Ende September 1933:** Folgende Richtlinien gelten für die Berichterstattung des öffentlichen Arbeitsdienstes: Bei Artikeln, Photos, Rundfunkberichten darf nichts mitgeteilt werden, was den Zusammenhang zwischen dem Arbeitsdienst und der nationalen Verteidigung aufzeigt.

**3. November 1933** (Note des Propaganda-Ministeriums): Innerhalb der Bannmeile von Berlin sind Aufrufe publiziert worden, die alle wehrfähigen Männer aufrufen, in die SA. einzutreten. Die Absicht an sich ist lobenswert. Aber es muß unter allen Umständen vermieden werden, den militärischen Charakter der SA. zum Ausdruck zu bringen. Es ist sofort dem Propaganda-Ministerium Mitteilung zu machen, falls solche Irrtümer sich im Berliner Bezirk wiederholen sollten.

**Jänner 1934** (Erlaß des Ministers Goebbels): Eine Zeitung hat den Brief eines jungen Mannes vom Arbeitsdienst an seinen Freund reproduziert, in dem es heißt: „. . . Besonders werden hier Uebungen mit schweren Geschützen gemacht. Ich für meinen Teil gehöre einer Truppe an, die mit leichten Geschützen exerziert . . ." Briefe dieser Art dürfen nicht publiziert werden. Sie beleuchten den militärischen Charakter des Arbeitsdienstes.

**Ende Jänner 1934:** Auf Befehl des Kanzlers Hitler wird hiermit verboten, anläßlich des Parteikongresses von den Paraden der SA., von Biwaks und ähnlichen Dingen zu sprechen, die den militärischen Charakter der braunen Armee beleuchten. Die Zeitungen haben sich solcher Veröffentlichungen auch dann zu enthalten, wenn sie von leitenden Stellen gegeben werden.

**Ende 1933. Ohne Datum:** . . . Die Zeitschriften haben Abbildungen gebracht von der Polizei in militärischer Ausrüstung und von SA. und SS. bei Manöverübungen. Das Ministerium des Innern hat darauf hingewiesen, daß solche Publikationen aufzuhören haben, weil sie ihrer Natur nach die deutsche Position in Genf ernsthaft erschweren können. Der Befehl verpflichtet die Presse zur Vorsicht gegenüber Publikationen, die im Ausland so gedeutet werden könnten, als ob diese Truppen bewaffnet seien. Die Aufmerksamkeit der Presse wird nochmals darauf gelenkt, daß die offiziellen Stellen und auch der Kanzler selbst, von der Presse erwarten, daß sie den Glauben erweckt, das Reich beschäftige sich nur mit der Organisation seiner Verteidigung und seiner Polizei . . . Die Presse wird zum letzten Mal ersucht, sich über das Unheil klar zu werden, das andersartige Veröffentlichungen für Deutschland anrichten. Jeder Redakteur oder Dienstleiter, der den Befehl nicht respektiert, wird in Zukunft verhaftet werden und wird sich wegen Hochverrats vor dem Gesetz zu verantworten haben.

Der Wortlaut dieser Befehle macht jedes Kommentar überflüssig.

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## 649 Kartelle in der ČSR. registriert!

### Stand des Kartellregisters zum 1. Mai 1934
### Ein Ansatz zur staatlichen Wirtschaftskontrolle

Zu den aktuellsten Fragen der Verteilungswirtschaft gehört das Problem der Kartelle. Welche Rolle die Kartellvereinbarungen im volkswirtschaftlichen Leben spielen, ergibt sich aus der Tatsache, daß das Niveau der Kartellpreise (d. h. der Preise jener Waren, die von Kartellen diktiert werden) oft ganz außerordentlich überhöht sind und mit den Weltmarktpreisen häufig in keinem Verhältnis stehen. Man denke nur an die Zucker-, Metallwaren-, Papier-, Glaspreise usw. Die schwere Belastung des Konsumenten durch die Vereinbarungen der kartellierten Unternehmer hat schließlich zu dem Kartellgesetz vom 12. Juli 1933 (Zahl 141) geführt. Dieses Gesetz ist von grundsätzlicher Bedeutung als Eingriff der Staatsgewalt auf einem wichtigen Abschnitt des Wirtschaftslebens und bedeutet zum mindesten die Anbahnung einer staatlichen Kontrolle auf einem Gebiet, an dem gerade der kleine Konsument, die breiten Verbraucherschichten brennend interessiert sind.

Vorläufig handelt es sich darum, eine verläßliche Grundlage zur praktischen Behandlung dieser Frage zu schaffen. Das Gesetz hat daher die Schaffung eines Kartellregisters angeordnet, in welchem die bestehenden Kartellverträge eingetragen werden müssen und, Hand in Hand damit, die Evidenzführung der Kartellpreise und endlich die Verfolgung der Preisentwicklung bei den Waren, auf die sich die Kartellvereinbarungen beziehen. Neben den anderen Behörden ist zur Durchführung dieser Aufgaben in erster Linie das Statistische Staatsamt berufen, das in seinen „Mitteilungen" eine interessante Uebersicht über den Stand des Kartellwesens in unserer Republik zum 1. Mai 1934 veröffentlicht.

Insgesamt erscheinen an diesem Tage 649 Kartellverträge eingetragen, darunter 131, bei denen auch ausländische Vereinbarungspartner mitwirken. Unter den 14 industriellen Hauptgruppen steht

**an erster Stelle die Metallindustrie mit 193 Kartellverträgen, von den 57 sich auch auf ausländische Unternehmer beziehen. Dann folgt die Chemische Industrie mit 132 Kartellvereinbarungen (davon 50 mit Auslandspartnern).**

In weiterem Abstand folgt dann (wenn wir von der Elektrizitätswirtschaft (81) absehen), die **Nahrungsmittelindustrie** mit 72 Kartellvereinbarungen (vor allem der Zuckererzeugung zugehörig), dann die **Stein- und Erdindustrie** (hauptsächlich Ziegelerzeugung) mit 52; die **Textilindustrie** mit 47; die **Glasindustrie** mit 23 und die **Papierindustrie** mit zehn Vereinbarungen. Der weitaus größte Teil der Vereinbarungen betrifft nach ihrem Inhalt Absatz und Preise, nur bei einem Bruchteil erscheint auch die Produktion mit als Vereinbarungszweck.

Mehr als die Hälfte der Kartelle, nämlich 332 haben sich eine eigene Organisation zur Durchführung der getroffenen Vereinbarungen geschaffen, teils in Form eigener Gesellschaften (A. G. oder G. m. b. H.) oder sonstiger Handelsfirmen (auch Banken), teils durch Gründung von Verkaufsstellen, Evidenz- und Kontrollbüros, Agentien u. dgl. Am stärksten ist die Intensivierung der Preis- und Absatzkontrolle bei der Metallindustrie entwickelt (137 von 193 Metallkartellen haben eine eigene durchführende Organisation).

Die vorläufig publizierten Daten geben eine gute Uebersicht über die Tendenz zur Kartellbildung in den einzelnen Gruppen der industriellen Produktion. Die fortlaufende Beobachtung der Preisentwicklung auf den einzelnen Gebieten und die aufmerksame Verfolgung der Kartellpreise wird zweifellos ein vom Standpunkt des Verbrauchers hochinteressantes Material bieten und damit auch die Handhabe zu wirkungsvollem Einschreiten gegen Auswüchse der konzentrierten Profitwirtschaft. Mit Recht betont der einleitende Text zu dieser Statistik die große Wichtigkeit dieser statistischen Erhebungen vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus. Es wird Sache der volkswirtschaftlichen Publizistik sein, diesem Problem dauernd das Interesse entgegenzubringen, das es verdient.

Dr. Bg.

## Fette Gewinne in der Krise

Wie unrichtig es ist, wenn gewisse Kreise immer wieder behaupten, daß die Wirtschaftskrise alle Schichten und Bevölkerungsklassen gleich schwer treffe, das lehrt das aufmerksame Beobachten der Abschlüsse der Bank- und Industrieunternehmungen. Es ist leider unmöglich, laufend darüber zu orientieren. Aber auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es eine Anzahl von Unternehmungen gibt, die keinen großen Reingewinn aufweisen, bleibt doch bestehen, daß die überwältigende Mehrheit der Bank- und Industrieunternehmungen bis jetzt gut über die Krise hinweggekommen sind, und daß insbesondere ihre Direktoren, Aufsichtsräte und nicht selten auch die Aktionäre von der bitteren Not, die seit Jahren viele Hunderttausend Arbeitslose in unserem Land quält, noch nicht das Geringste verspürt haben. Dafür aber hat ein nicht kleiner Teil selbst in den Krisenjahren Riesengewinne eingeheimst, aus Unternehmen, aus denen mitunter Hunderte, sogar Tausende von Arbeitern auf die Straße geworfen worden sind. Ein ganz drastisches Beispiel für die ungeschmälerten fetten Gewinne ist die Franz Xaver Brosche A. G. in Prag. Sie zahlt auch für das Krisenjahr 1933 wieder ihren Aktionären 25 Prozent Dividende und macht außerdem jeden Aktionär ein Geschenk in der Höhe des von ihm eingezahlten Aktienkapitals in der Form, daß eine Aktie, die bisher einen Wert von 200 Kč hatte, auf 400 Kč erhöht wird. Auf diese Weise wird das Aktienkapital von 6 Millionen Kč auf 12 Millionen Kč erhöht, ohne daß eine Neuausgabe von Aktien stattfindet und die Aktionäre auch nur einen Heller einzuzahlen haben. Sie erhalten also ein Geschenk von sechs Millionen Kč, und im nächsten Jahre auf das Geschenk noch Dividende. Die Aktionäre der Brosche-A. G. können mit der Krise wahrhaftig zufrieden

# Vor 30 Jahren entführt, jetzt wiedergefunden

### Am Muttermal erkannt — Romantik um ein Baseball-Wettspiel

Nach mehr als 30 Jahren, nachdem ihr Junge als vierjähriges Kind geraubt und entführt wurde, haben die Eheleute Arsenault aus Petit Rocher in Neu-Braunschweig, USA., ihren verschollenen Sohn jetzt durch einen romantischen Zufall wiedergefunden.

Es war im Jahre 1904. An einem schönen Maienvormittag jenes Jahres ging Frau Arsenault mit ihrem Jungen in den öffentlichen Anlagen ihres Heimatortes spazieren. Sie traf unterwegs eine Nachbarin, mit der sie sich eine Zeit lang unterhielt. Als sie sich dann wieder zum Fortgehen anschickte, war der Junge, den sie kurz vorher noch mit anderen Kindern hatte spielen sehen, verschwunden. So viel die unglückliche Mutter auch suchte, ihr Kind, das sie von Zigeunern geraubt glaubte, hat sie nicht mehr gefunden.

**Die redselige Quartierswirtin . . .**

Nun ist nach 30 Jahren das Geheimnis um den verschollenen Arsenault doch noch aufgeklärt worden. Wie so häufig im Leben hat auch hierbei wieder der Zufall die Hauptrolle gespielt. Vor etwa drei Wochen kam nämlich die Baseball-Mannschaft von Bonaventure, einer kleinen Stadt in der Provinz Quebec, nach Petit Rocher, um mit dem dortigen Baseball-Klub ein Freundschaftswettspiel auszutragen. Infolge des anhaltend schlechten Wetters mußte jedoch das Match verschoben werden, wobei es sich die Sportsleute aus Petit Rocher nicht nehmen ließen, für ihre Kameraden aus Bonaventure zu sorgen, indem sie sie nach Möglichkeit bei Privatleuten in Quartier gaben.

Ganz besonders gut hatte es in dieser Beziehung der Kapitän der Mannschaft aus Bonaventure getroffen, der zu einem älteren Ehepaar kam, das ihn geradezu rührend aufnahm. Das einzige, was ihn vielleicht etwas stören konnte, war die Redseligkeit seiner freundlichen Wirtin, die ihm von früh bis spät allerlei Geschichten erzählte, die ihn als Fremden eigentlich gar nicht interessierten. Beim Abendessen am nächsten Tage erzählte die alte Frau ihrem Gast nun auch jenes Ereignis, das sich vor 30 Jahren am Orte abgespielt hat.

**Das Muttermal über dem linken Auge . . .**

Der Fremde hörte zunächst gar nicht recht hin, was da die alte Frau zu berichten wußte. Allmählich wurde er aber doch stutzig. Er erinnerte sich nämlich plötzlich, daß in der Nähe von Bonaventure, in Saint Elzear, seit einigen Jahren ein Mann lebte, der ein ziemlich einsames und zurückgezogenes Leben führte, so daß er von seinen Landsleuten nur der „Fremdling von Saint Elezar" genannt wurde, und dies mit um so mehr Berechtigung, als er weder über seine Eltern noch seine Herkunft je hatte Auskunft geben können.

Die alten Eheleute Arsenault wurden daraufhin von dem Sportsmann aus Bonaventure hinsichtlich des Verdachts, den er hatte, sofort verständigt. Sie schrieben an den Bürgermeister von Saint Elzear, baten um nähere Aufschlüsse über den Fremden, der dort lebte, und schilderten ausführlich die Geschichte des Raubes ihres Sohnes. Als besonderes Kennzeichen gaben sie dabei ein kleines Muttermal über dem linken Auge an, das der kleine Arsenault seit seiner Geburt getragen hatte. Schon wenige Tage später lief aus Saint Elzear Bescheid ein. Jener Fremdling war in der Tat der vor 30 Jahren in Petit Rocher entführte kleine Junge.

Wie sich inzwischen herausgestellt hat, ist der kleine Arsenault damals von Seeleuten geraubt worden, die ihm erzählten, sie hätten ihn auf dem Strand gefunden. Das „verwaiste" Kind wurde dann von den Seebären großgezogen, und erlernte selbst das Handwerk eines Seemanns, bis es sich dann vor drei Jahren in Saint Elzear niederließ.

# PRAGER ZEITUNG

## Die neuesten Verbündeten der Kommunisten

Die tschechischen „revolutionären" Intellektuellen der verschiedensten Schattierungen sind zur Zeit in zwei Haupt-Lager gespalten und Woche für Woche werden neue — bisher noch unblutige, dafür um so wortreichere Kämpfe zwischen den einzelnen Gruppen ausgetragen. Worum geht es eigentlich bei diesem Sturm im Wasserglas? Der tschechische Dichter Vit. Nezval, wohl eine der stärksten, aber auch eigensinnigsten dichterischen Begabungen der Tschechen, hat es auf einmal für notwendig gefunden, mit viel Lärm und einem Manifest eine surrealistische Bewegung nach französischem Muster ins Leben zu rufen. Ihm schlossen sich an: Teige, ein Architekt, groß im Bauen und Konstruieren von Programmen und Manifesten, Honzl ein Regisseur, der hier seinen ungestillten Tatendrang auszutoben versucht, Strnsky, Maler schwer verständlicher Bilder und Serienerzeuger recht guter Photomontagen für bürgerliche Romane und Herausgeber einer — streng privaten — erotischen Revue, Brouk, Psychoanalytiker von seines Vaters und Freuds Gnaden, usw. Dagegen wäre ja nichts zu sagen, die Kaffeehäuser stehen im Sommer leer, warum sollte man nicht in ihnen Surrealismus treiben? Aber Nezval hat sich in den Kopf gesetzt, mit seiner Treibhauskunst, die er avantgardisch nennt, sich an die KPTsch. heranzumachen und mit seinen (meist auch dem Fachmann kaum verständlichen) Versen das Proletariat zur Revolution und zum Kommunismus zu führen. — Und was tut die kommunistische Partei? Sie nimmt ihn, der mit seiner Mentalität in das ganz entgegengesetzte Lager gehört, mit offenen Armen auf und die Linksfront, der offiziellen Parteileitung nahestehend, begeistert, endlich einmal wieder einen richtiggehenden Dichter gefunden zu haben (die ernsten Literaten: Olbracht, Hora, Majerova, Seifert, haben schon lange der Komm. Partei den Rücken gekehrt) nimmt für Nezval und seine Gruppe Stellung, während es eine zweite Gruppe, vor allem Dr. Zoltan, ablehnt, sich damit Mühe zu geben, die Arbeiter für diese dekadente Kunst zu erziehen. Diese zwei Gruppen führen nun einen erbitterten Kampf, der sich in wöchentlichen Diskussionsabenden zeigt, um diese heuer so besonders aktuellen Fragen zu behandeln. Der Besuch ist gut. Doch fällt dem Beobachter eines ein: obwohl diese revolutionären Intellektuellen, die gekommen sind, um den Wortatbleten Teige aus der Nähe zu sehen oder aus dem Mund eines wirklichen Dichters Angriffe auf seine Gegner zu hören, je im aktiven Klassenkampf die Hand rühren würden? Die kommunistische Partei in ihrer Verspieltheit scheint nicht ein und aus zu wissen: der Vorsitzende des letzten Diskussionsabends, der alles zuließ, nur keine Debatte, war ein Schulbeispiel dafür. Man klopft den wildgewordenen Kleinbürgern wohlwollend auf die Schultern und schreit den Gegner nieder. Man mag sich zu den verschiedenen Ismen in der Kunst wie immer stellen: in der Regel bilden sie einen Weg, der zu einer neuen ernstzunehmenden Kunstform führt. Aus einer derartigen Kunstbewegung aber eine politische Angelegenheit zu machen und dadurch die Augen der Arbeiterschaft von der wirtschaftlichen Lage und dem fortschreitenden Fascismus ablenken zu wollen, zum Beweis der Existenzberechtigung einer morbiden Auchkunst Marx und Lenin heranziehen zu wollen, das hat mit Klassenkampf nichts zu tun. Die Herren des Politbüros mögen ruhig mit ihren neuen Jüngern im Kontakt mit der Zeit schlafen und statt in der Marx'schen Realität sich in den dunkeln Gefilden des Unterbewußtseins und der Träume tummeln, — für den revolutionären Klassenkampf hat jeder Arbeiter, der in seinem Betrieb agitiert, hundertmal mehr Wert als diese Gruppe, die früher oder später ihre Freunde aus der KPTsch. mit langen Nasen sitzen läßt und sich wieder in die Atmosphäre zurückziehen wird, in der sie sich am wohlsten fühlt — ins Kaffeehaus, um weiter darüber zu debattieren, wie man mit halbpornographischen Romanen, papierenen Manifesten und dramatisierten Drei Musketieren, die Welt erlösen kann.

---

**Die Jubiläumsausstellung der tschechischen Großeinkaufsgesellschaft der Genossenschaften** wurde am Mittwoch, den 20. Juni, im Prager Messepalais eröffnet. Die Ausstellung wurde aus Anlaß des 25jährigen Bestandes der Großeinkaufsgesellschaft veranstaltet, deren Entwicklung durch entsprechende Diagramme veranschaulicht ist. Die Ausstellung dauert bis 10. Juli d. J. und ist täglich von 8 bis 18 Uhr frei zugänglich.

# Gerichtssaal

## Českomoravská kontra Škoda

### Ein Presseprozeß um Konkurrenzmethoden.

**Prag**, 20. Juni. Drei Stunden lang wurde heute vor dem Pressegericht des OGR. Mikula heftig um einen Vergleich in einem Presseprozeß debattiert, in dessen Hintergrund der erbitterte Konkurrenzkampf der Skodawerke und der Maschinenfabrik Českomoravská-Kolben-Daněk um Aufträge für den nahen Orient steht. Im Juni v. J. wurde ein Konkurrenzkonflikt dieser beiden Großfirmen durch Einsendungen an die Tagespresse ausgetragen (es handelte sich vor allem um die Vergebung des Baues von Zuckerfabriken in Persien), wobei die konkurrierenden Firmen einander allerlei unstatthafte Konkurrenzmannöver, wie unzulässige Unterbietungen u. dgl. zum Vorwurf machten. In einem solchen Artikel war seitens der Skodawerke auch zur Kennzeichnung der Kampfweise der Českomoravská behauptet worden, daß der Sekretär des Generaldirektors dieser Firma Ing. Herain eine Zeitschrift habe gründen und finanzieren wollen, die eine scharfe Kampagne gegen Regierung, Parlament und verschiedene Ministerien führen sollte. Ing. Herain habe im Zuge dieser beabsichtigten Gründung die Taktik angestrebt, von den Skodawerken Inserate zu erhalten, damit diese Firma sich durch die Inserierung in einem solchen Blatt gewissermaßen als dessen Patronin bloßstelle. Ing. Herain klagte hierauf eine ganze Reihe hervorragender Skodafunktionäre, beginnend mit Generaldirektor Löwenstein als Urheber des inkriminierten Artikels.

Bei der heutigen Verhandlung, bei der die geklagten Skodafunktionäre u. a. auch von dem bekannten Dr. Ladislav Rašín vertreten wurden, wollte sich die geklagte Partei zwar mit einer protokollarischen Erklärung begnügen, ohne Richtigstellungen in der Presse zu verlangen. Aber die Formulierung dieser protokollarischen Erklärungen stieß auf die größten Schwierigkeiten, da der Kläger nicht bereit war, Erklärungen in dem gewünschten Umfang abzugeben. So scheiterten schließlich nach dreistündigen, teilweise überaus interessanten, Wortgefechten die Vergleichsbemühungen und die Verhandlung wurde nach Einbringung neuer Beweisanträge beider Parteien vertagt. U. a. läuft zwischen den beiden Konkurrenzfirmen noch ein Streit wegen unlauterer Konkurrenz. rb.

---

## Vierfacher Bigamist — vor dreiundzwanzig Jahren

### Ein 62jähriger auf der Anklagebank

**Prag**, 20. Juni. Es ist kein alltäglicher Fall, daß ein 62jähriger auf der Anklagebank sitzt, weil ihm zur Last gelegt wird, sich vor über zwanzig Jahren des Verbrechens der vierfachen Doppelehe schuldig gemacht zu haben. Der Graphiker Wenzel Marek, der heute vor dem Senat Trost stand, wird aber von der Anklage des weiteren noch der Dokumentenfälschung und der fortgesetzten Falschmeldung bezichtigt. Denn daß der würdig aussehende, weißhaarige Herr auf der Anklagebank Wenzel Marek heißt, erfuhr die Polizei erst vor kurzer Zeit. Bis zu seiner Verhaftung galt er für den unbescholtenen Ladislav Tušek, während er als Wenzel Marek seit 1911 wegen mehrfacher Bigamie steckbrieflich gesucht wurde.

Dieser Tušek-Marek hat ein bewegtes Leben hinter sich.

1897 verheiratete sich Marek zum ersten Male in Prag mit einer gewissen Helene Finger. Er war Katholik, sie Protestantin, was in seiner Verteidigung eine Rolle spielt. Bald darauf verließ er die Heimat und seine Frau und ging nach Deutschland, wo er sich 1907 mit einer Marie Margarete Meilinger von neuem vermählte, obwohl seine erste Ehe nicht geschieden war. Dann kehrte er zurück, wobei er seine reichsdeutsche Frau sitzen ließ und heiratete 1911 zum dritten Male, wieder in Prag, eine gewisse Marie Svoboda. Diese dritte Gattin verließ er einige Wochen nach der Hochzeit und verschwand nach Galizien, wo er sich unter dem falschen Namen Tušek in Lemberg mit einer Anna Kraus noch im gleichen Jahr zum vierten Male verheiratete. Der Namenswechsel hatte seine guten Gründe, denn seine Frau, die inzwischen von den anderen Gattinnen erfahren hatte, erstattete die Anzeige und Marek wurde als Bigamist steckbrieflich verfolgt. Er zog es daher vor, sich in den Ladislav Tušek zu verwandeln und unter diesem Namen seine letzte Ehe einzugehen. Diese hielt dann bereits für die nächsten 23 Jahre vor, freilich blieb der unbeständige Ehemann nach dem Umsturz nicht bei seiner Eheliebsten, sondern suchte sich in Prag eine Anstellung, während seine Frau in Lemberg blieb. Man kam der ganzen Affäre dadurch auf die Spur, daß die verlassene Gattin ihrem Mann nach Prag nachreisen wollte und vom Krakauer tschechoslowakischen Konsulat die Ausstellung eines Passes verlangte, die Dokumente, die der Gatte der Prager Polizeidirektion auf die Aufforderung hin als zuständige Evidenzbehörde vorlegte, erwiesen sich als Fälschungen. Ein Heimatschein und ein Matrikenauszug auf den Namen Tušek lautend, gab das Alter des Angeklagten um zwei Jahre jünger an, als der im Jahre 1911 in Lemberg ausgestellte Trauschein. Das Gedächtnis des Angeklagten hat offenbar nachgelassen.

Er verteidigte sich ziemlich geschickt, indem er behauptete, er sei als Angehöriger der „Omladina" verfolgt worden und daher als politischer Flüchtling seinerzeit über die Grenze gegangen. Als solcher sei er dann gezwungen gewesen, seinen Namen geheimzuhalten und habe daher auch keine Schritte zur Scheidung seiner ersten Ehen unternehmen können, zumal er während des Krieges auch noch als österreichischer Deserteur galt. Außerdem operierte er geschickt mit dem altösterreichischen „Ehehindernis des Katholizismus", das durch unsere Eherechtsreform beseitigt wurde und aus dem er irgendwelche, nicht ganz klare Entlastungsmomente ableiten wollte, indem er sich darauf berief, daß seine erste Ehe eine konfessionelle Mischehe gewesen sei. Allerdings ist der Angeklagte u. a. wegen Wechselaffären in Deutschland zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Zustatten kam ihm, daß zwei seiner Exgattinnen bereits tot sind und seine erste die Ungültigkeitserklärung der Ehe durchgesetzt hat.

Er wurde nach langer Verhandlung zu fünf Monaten schweren Kerkers verurteilt, und zwar unbedingt. Die Strafe ist indessen durch die Untersuchungshaft verbüßt.

rb.

## Vormarsch der schwedischen Sozialdemokratie

(J. J.) Die Statistiken der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens für 1933 sind noch nicht abgeschlossen, doch ist schon jetzt ersichtlich, daß der Mitgliederzuwachs, wie er im Jahre 1932, dem Jahr des großen Wahlerfolges, zu verzeichnen war, auch 1933 andauert. In dem einzigen Distrikt, in dem ein schwaches Zurückgehen der Mitgliederzahl festzustellen ist, (Blekinge: um 160), haben dafür die Organisationen der sozialistischen Frauen und der Jugend um 184 und 300 Mitglieder zugenommen. Die Stockholmer Partei, die man als Maßstab für Schweden betrachten kann, erhöhte ihre Mitgliederzahl während 1933 von 56.505 auf 58.535 und die Zahl der angeschlossenen Organisationen von 147 auf 153. Der Verband sozialdemokratischer Frauen gewann über 200 Mitglieder, ihre Zahl beträgt nun im ganzen über 13.000, die Zahl der Sektionen stieg um 100 auf 365. Der beste Beweis für die Aktivität der schwedischen Sozialdemokratie wurde durch die sozialdemokratische Jugendbewegung erbracht, die in dem Zeitabschnitt vom 15. Jänner 1933 bis zum 15. Jänner 1934 von 79.668 auf 89.605 Mitglieder anwuchs; die Zahl der angeschlossenen Lokalorganisationen stieg von 1408 auf 1599. Die Jugendorganisation hat sich das Ziel gesetzt noch vor ihrem Kongreß, der im November-Dezember stattfindet, ihre Mitgliederzahl auf 100.000 zu erhöhen. Die Mainummer der Jugendzeitschrift „Frihet" hat eine Auflage von 70.000. Die Fortschritte verteilen sich auf das ganze Land.

# Kunst und Wissen

**Heute halb 7 Uhr neuinszeniert „Tristan und Isolde".** Isolde—Anny Konetzni von der Berliner Staatsoper; Tristan—Albert Seibert von der Staatsoper München. Dirigent: Fritz Zweig a. G.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Donnerstag, halb 7 Uhr: „Tristan und Isolde" (Gastspiel Anny Konetzni—Gotthelf Pistor, A. A.). — Freitag, halb 8 Uhr: „Das Kamel geht durch das Nadelöhr" (Gastspiel Kramer-Glöckner, D 2).

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Donnerstag, 8 Uhr: „Wo war ich heute Nacht?" (Kulturverbandsfreunde und freier Verkauf). — Freitag: „Pariser Potpourri" (volkstümliche Vorstellung).

## Filme in Prager Lichtspielhäusern

**Urania-Kino,** Klimentska 4: „Der Adjutant Seiner Hoheit". — **Adria:** „Maria". — **Alfa:** „Die falschen Zwillinge". — **Avion:** „Vorunterfuchung". — **Feniz:** „Nicht eifersüchtig sein!" — **Gaumont:** „Soldatenleben — ein lustig Leben". — **Hvězda:** „U. S. 311". — **Julis:** „Soldatenleben — ein lustig Leben". — **Koruna:** „Anton Speler, der Scharfschütze". — **Kinema, B.-Th.:** Journ., Lustspiel, Reportage. — **Kotva:** „Des Kaisers Wort". — **Lucerna:** „Des Kaisers Wort". — **Olympic:** „Zum heil. Antonius". — **Radio:** „Es war einmal ein Chaplin". — **Světozor:** „Soldatenleben — ein lustig Leben". — **Baškal:** „Wiener Flirt". — **Carlton:** „Der Hüttenbesitzer". — **Konvikt:** „Das Fensterchen". — **Lido:** „Männer im Offside". — **Louvre:** „Nur wer die Sehnsucht kennt...". — **Maceška:** „Nur wer die Sehnsucht kennt..."

# Eine Frau schickt 6 Männer in den Tod

## Rivalen um die Gunst einer Wahnsinnigen — Rätselhafte Vorgänge

Vor vierzehn Monaten spielte sich in Newark eine seltsame Szene ab. Zwei gut gekleidete Herren kamen einander aus verschiedenen Richtungen entgegen, zogen, ohne ein Wort zu sprechen, ihre Revolver und schossen wie die Rasenden aufeinander los. Einer von ihnen blieb tot auf dem Platze, der zweite starb, kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Natürlich setzte die Polizei alles daran, um die Hintergründe dieses Doppelmordes zu enträtseln. Aber alles, was sie erfahren konnte, war nur die Identität des im Krankenhaus verstorbenen Mannes. Es war ein wohlhabender New-Yorker Kaufmann namens Xaver Takstret, der seit Jahren glücklich verheiratet war und außer seiner Frau zwei Kinder im Alter von sechs und neun Jahren hinterließ. Die verzweifelte Witwe konnte auf alle Fragen der Polizei nur erwidern, daß sie selbst vor einem völligen Rätsel stehe. Ueber die Persönlichkeit des zweiten Toten, der keinerlei Papiere bei sich trug, war überhaupt nichts zu erfahren.

### „Miß Patonelli" meldet sich.

Eine Woche nach dem blutigen Vorfall kramte Frau Takstret in den Kleidern des Verstorbenen herum. Plötzlich fühlte sie ein Papier unter ihren Fingern knistern und zog aus der Faktasche einen Brief hervor. Er war in französischer Sprache geschrieben und lautete folgendermaßen:

„Liebster! Ich habe Deinetwegen Schreckliches durchgemacht, hoffe aber, bald wieder frei zu sein. Mache Dich reisefertig. Erwarte Dich morgen um 20 Uhr bei S. Der Scheck ist in Ordnung. Es grüßt Dich von Herzen Jeanne Patonelli."

Diesen Brief brachte die Witwe sofort zur Polizei. Es war klar, daß er das wichtigste Beweisstück in dieser geheimnisvollen Affäre bilden mußte.

Nach einigen Tagen war es auch gelungen, etwas über die mysteriöse Frau zu erfahren. Sie hatte bei einer Newarker Dame einige Wochen gewohnt, war aber dann, unbekannt wohin, verzogen. Jedenfalls konnte ihre gewesene Wirtin eine genaue Personenbeschreibung geben. Sie schilderte Jeanne Patonelli als eine auffallend schöne, große, blonde Frau, die eine Brandnarbe auf der linken Hand hatte und sich als Französin bezeichnete.

### Es knallt wieder ...

Hier verlor sich die Spur. Jeanne Patonelli war aus Newark verschwunden und seither hatte man von ihr nichts gehört. Man vermutete, daß sie nach Frankreich abgereist sei. Aber auch die französische Polizei konnte über eine Persönlichkeit dieses Namens keinen Aufschluß geben. So verlief die Untersuchung im Sande.

Ein volles Jahr verging. Niemand dachte mehr an das geheimnisvolle Duell auf der Straße von Newark, als plötzlich am 9. April dieses Jahres in Chikago wieder zwei Revolver losgingen. Es spielte sich haargenau derselbe Vorgang ab, wie ein Jahr vorher in Newark. Zwei Männer stießen vor dem kleinen Restaurant „Sondspeling" aufeinander und schossen sich gegenseitig ohne jeden Wortwechsel nieder. Man brachte sie in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus. Sie verweigerten aber beide hartnäckig jede Mitteilung über die Ursache ihrer Tat.

Es sollte ihnen aber nicht gelingen, das beabsichtigte Stillschweigen zu wahren. Man durchsuchte die Kleider der beiden Schwerverletzten und erfuhr aus ihren Papieren, daß einer von ihnen Leiter eines großen Kaufhauses, der andere ein Hotelportier war. Und noch etwas wurde bei dieser Durchsuchung gefunden. Ein Brief, der die Unterschrift Jeanne Patonelli trug. Die mysteriöse Jeanne schrieb darin, daß sie auf zwei Tage nach Chicago komme und im Hotel des Portiers wohnen werde. Die Detektive nahmen den Portier in ein scharfes Kreuzverhör. Nach längerer Weigerung entschloß er sich endlich, einiges über die vielgesuchte Jeanne zu verraten. Er erzählte:

Der Brief stamme noch aus dem Jänner. Damals habe Jeanne bei ihm einige Tage im Hotel gewohnt. Er sei in sie bis zum Wahnsinn verliebt und habe nicht anders können, als den Mann, der ihm Jeanne rauben wollte, niederzuschießen. Das gleiche Geständnis machte auch der zweite Verletzte. Nichtsdestoweniger wollte keiner von beiden verraten, wo sich Jeanne zu dieser Zeit befand.

### Ende: Das Irrenhaus.

Wieder vergingen Wochen. Eines Tages wurde endlich das Geheimnis um Jeanette Patonelli, das der Polizei so viele schlaflose Nächte bereitet hatte, gelüftet. In einem bekannten Sanatorium hatte sich einige Zeit vorher eine schöne, blonde Frau eingefunden. Sie nannte sich Maud Diver, zeigte ein äußerst exzentrisches Wesen und machte heftige Bemühungen, die Aerzte der Anstalt gegeneinander aufzuhetzen. Der Chefarzt, der an ihr Anzeichen beginnenden Wahnsinns konstatierte, hatte aber auch schon von der geheimnisvollen Jeanette Patonelli gehört, und als Maud Diver eines Tages in einem Anfall von Geistesverwirrung diesen Namen aussprach, fand er den ganzen Zusammenhang.

Als die Kranke wieder für einige Zeit beruhigt schien und sich vernünftiger als sonst gebärdete, verwickelte sie der Arzt vorsichtig in ein Gespräch, aus dem er die ganze, schreckliche Wahrheit erfuhr. Maud Diver erzählte ihm, daß sie unter dem unwiderstehlichen Drang leide, Männer aufeinanderzuhetzen und daß sie das größte Vergnügen daran fände, wenn sich die Rivalen gegenseitig töteten. Aus diesem Grunde knüpfte sie stets zu gleicher Zeit Bekanntschaften mit zwei Männern an und erzählte jedem, daß sie von dem anderen verfolgt und bedroht werde. Auf diese Weise war es ihr gelungen, sechs Männer in den Tod zu hetzen.

Die Ermittlungen der Polizei haben die Richtigkeit ihrer Erzählung bestätigt. Maud Diver wird niemals mehr Gelegenheit haben, ihre Liebhaber in den Tod zu schicken.


## Mitteilungen aus dem Publikum.

In der gestern stattgefundenen **Generalversammlung** der Firma **„Matador"**, Gummiwerke A.-G., wurde die Bilanz der Gesellschaft genehmigt, welche nach Abschreibungen in der Höhe von Kč 1,619.873.99 einen Reingewinn von Kč 246.766.61 ausweist, der auf die neue Rechnung vorgetragen wurde. 2583

## Abonnements - Bestellschein.

Abonniere ab . . . . . 1934 das täglich erscheinende Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

**„Sozialdemokrat"**

Verwaltung Prag XII., Fochova tř. 62,

zum Preise von 16 Kč monatlich, und sende diesen Betrag nach Erhalt des Erlagscheines ein.

Name: . . . . . .

Genaue Adresse: . . . . . .

Letzte Post: . . . . . .

Unterschrift: . . . . . .


**Bezugsbedingungen:** Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken. — Die Zeitungsfrankatur wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Druckerei: „Orbis". Druck- Verlags- und Zeitungs-A.-G., Prag.